

## Der nationale Regenwurm

Von Robert Breuer

„Die Deutschnationalen können in keine Regierung eintreten, keine Regierung unterstützen, die heute sich noch gebunden fühlt durch Rücksichten auf den äußeren Feind . . . Deutschland und die Welt leiden unter dem Fluch von Versailles . . . Deutschland will keine Sklavenarbeit für fremde Machthaber leisten.“ Das war die Erklärung, mit der am 15. Oktober die Deutschnationalen den Wahlkampf einleiteten. „Nun aber Schluß mit Nachgiebigkeit und den Angeboten. Wir fordern: ein entschiedenes, ausdrückliches Nein auf das französisch-belgische Verlangen der Kapitulation, der Aufgabe des passiven Widerstandes . . . wir fordern entschlossenen, verschärften Widerstand gegen die Gewalt der Feinde. Nur eine Regierung, die das deutsche Volk auf diesem Wege kraftvoll und mutig führt, kann auf unsere Unterstützung rechnen. Das deutsche Volk steht im letzten Entscheidungskampf um Dasein und Zukunft. Darum heißt es: Nun erst recht.“ So erklärten am 8. Juni die Deutschnationalen, nachdem die Regierung Cuno monatelang den schärfsten Widerstand gegen die Ruhrbesetzung geleistet hatte. Niemand konnte daran zweifeln, daß die Deutschnationalen den Uebergang vom passiven zum aktiven Widerstand verlangten; niemand konnte voraussetzen, daß letzten Endes die Deutschnationalen sich dem Verträge von Versailles beugen und ihn erfüllen wollten. „Ich sage mit derselben unbedingten Gewißheit, mit der ich seinerzeit das Londoner Ultimatum für unerfüllbar erklärt habe, daß die von den Experten vorgeschlagenen Jahresleistungen schlechthin unerfüllbar sind. Werden sie trotzdem von einer deutschen Regierung als bindende Verpflichtungen übernommen, so muß sich das deutsche Volk darüber klar sein, daß es mit allen an die Nichterfüllung in dem Expertenbericht geknüpften Folgen heute schon als mit von ihm selbst anerkannten Rechtswirkungen zu rechnen hat . . . Man wird uns von der französisch-belgischen Regie im besetzten Gebiete ‚befreien‘, indem man die gesamten Reichseisenbahnen auf Gnade und Ungnade einer internationalen Regie ausantwortet . . . Das von den Experten vorgeschlagene System, als dessen Zweck die Schonung der deutschen Valuta verkündet wird, ist also die Organisation der Ueberführung der deutschen Wirtschaft in die Hände der Reparationsgläubiger, die Organisation der Ueberfrem-

derung der deutschen Wirtschaft von innen heraus . . . Der Bericht der Experten mutet dem deutschen Volke die Verstümmelung seiner Souveränität und die Unterwerfung unter eine wirtschaftliche Fremdherrschaft zu . . . Der Expertenbericht verlangt von uns ungeheure und unerfüllbare materielle Opfer, er verlangt die Preisgabe vitaler Hoheitsrechte und die Auslieferung der deutschen Wirtschaft an die Fremdherrschaft der Reparationsgläubiger . . . Er läßt das Damoklesschwert weiterer Sanktionen über uns in Schwebe, ja er schafft für diese Politik der rohen Gewalt eine Rechtsgrundlage . . . Der Fluch der Unterzeichnung unerfüllbarer Verpflichtungen und der Fluch der Sünde wider den Geist nationaler Selbstbehauptung hat fünf Jahre lang auf Deutschland gelastet und das deutsche Volk hart an den Rand des Unterganges geführt. Das deutsche Volk ist ohne Rettung verloren, wenn es heute diesen Fluch von neuem auf sich läßt . . .“ So schrie Helfferich am 18. April 1924 in einer Kritik der Sachverständigenvorschläge, die er das zweite Versailles überschrieb. Niemand konnte daran zweifeln, daß für die Deutschnationalen die Expertenvorschläge unannehmbar und undiskutierbar waren. Gegen diese Vorschläge, gegen den Frieden von Versailles haben die Deutschnationalen den Wahlkampf geführt, und ganz folgerichtig betitelte die „München-Augsburger Abendzeitung“ ihren am 6. Mai erschienenen ersten Bericht über den Ausgang der Volksabstimmung: „Die Reichstagswahl gegen die Erfüllungspolitik“.

Und nun soll das alles nicht gewesen sein, nun soll hinter all solchem Wortschwall sich eine Politik verborgen haben, die von der Politik der verschiedenen Koalitionen und ganz gewiß von der Politik der Herren Fehrenbach, Cuno und Marx durch nichts, es sei denn durch einige Phraseologie, zu unterscheiden ist. Man darf sagen: Welche Wendung durch die Fügung, die Regierung übernehmen zu können. Aus dem Lindwurm ist ein Regenwurm geworden. Die Nationalen drehen sich und wenden sich; aber sie wollen erfüllen. Sie wollen erfüllen, weil sie wissen, daß keine Regierung auch nur acht Tage zu bestehen vermag, die dem deutschen Volke die Folgen der Nichterfüllung auf den Hals hetzt. Sie wollen erfüllen, weil sie höher als den deklamierenden Widerstand gegen die Erfüllung die Abwälzung des Unvermeidlichen auf die breiten Massen und höher noch die Zertrümmerung des Volksstaates, des Parlamentarismus und der Demokratie erachten. Außenpolitisch werden die Nationalen den bisher gesteuerten Kurs weiter steuern; nach innen, dem Volke, den Arbeitern, werden sie die gepanzerte Faust zeigen.

Darum muß alles getan werden, um eine Regelung der Außenpolitik durch die Nationalen zu verhindern. Wenn die Nationalen etwa darauf rechnen sollten, daß die Sozialdemokratie, weil sie grundsätzlich die Sachverständigenvorschläge angenommen hat, auch

zustimmen wird, wenn die Regierung der Volksfeinde dieses Sachverständigenutachten unterschreibt, dann sollen sich die Nationalen darin getäuscht sehen. Wir hoffen, daß die neue französische Kammer, in der die sozialistische Fraktion keinen unwesentlichen Einfluß haben dürfte, gleich uns der Auffassung sein wird, daß eine wirkliche Garantie für eine endgültige Friedensfindung zwischen den beiden großen Völkern von vornherein schwer belastet sein würde, wenn unter ihr an erster Stelle die Unterschrift der Deutschnationalen stände, während die der deutschen Arbeiterschaft fehlte.

Wir dürfen überzeugt sein davon, daß die neue französische Kammer die Sicherung des Friedens vor allem in dem Block der deutschen Arbeiterschaft, in der Sozialdemokratie, und in einer Regierung, an der die Sozialdemokratie beteiligt ist, sehen wird!

Die Deutschnationalen wollen zur Regierung. Vor den Ministeresseln steht das kaudinische Joch der Erfüllung. Unter dieses Joch sollen die Nationalen sich stellen. Ob sie hindurchgehen müssen, das wird dann wesentlich von uns abhängen. Eine Neuwahl, die stattfindet, nachdem die Nationalen sich mit der Erfüllungspolitik so kompromittiert haben wie die Sozialdemokratie aus vaterländischen Beweggründen heraus, um der Ganzheit des Staates willen, durch die Ermächtigungsgesetze, durch die Unterschiedlichkeit der Politik gegen Bayern und der gegen Sachsen und viele andere politischen Maßnahmen sich (wenn man so sagen will) kompromittieren mußte, wird zeigen, wie vergänglich der Erfolg einer Wahl war, die damit geschlagen wurde, daß Versailles zerrissen werden sollte, und die sich wiederholen soll an der Frage, wer den, auch durch die Nationalen nachträglich unterschriebenen Versailler Vertrag bezahlt. Der entpanzerte Lindwurm, der zum Regenwurm wurde, wird leicht zu zertreten sein.

\*

Selbst in Halle hatte sich der nationale Drache in harmloses Lämmerschwänzchen verwandelt. Keine Revanche, kein Tragen der schwarz-weiß-roten Fahne über den Rhein. Gestern las man das noch anders. Und die Schulbuben, die man in allerlei bunte Uniformen gekleidet, mit Blechornamentik behangen und grellen Lappen ausgerüstet hat, sie dürften zum ersten Male solche Sprache vernommen haben. So ungefähr hätten das wohl Stresemann und selbst Scheidemann sagen können. Deutschland wieder frei, Deutschland wieder groß, Deutschland wieder gesund. Darüber gibt es keinen Streit. Der Weg zu solcher Gesundheit, zu solcher Freiheit, zu solcher Größe war umstritten, und die vaterländischen Verbände, Werwolf und Bismarckbund, Stahlhelm, und wie die Dutzende dieser Sturmtrupps und Rollkommandos heißen mögen, haben gewiß bis zum Tage der Hallenser Denkmalsenthüllung sich bereits im Schatten Schills und Körners in Paris einziehen

sehen. Ob alle diese Verbände zustande gekommen wären, wenn man ihnen erzählt hätte, daß Erfüllungspolitik gemacht werden solle? Wozu die militärische Aufziehung, die Nachahmung der glorreichen Armee, wozu Fahnen, Heerpauken und Gummknüppel, wozu Felddienstübungen und Waffenverstecke, wenn immer wahr war, was im Namen der vaterländischen Verbände der Graf von der Goltz veröffentlicht: Keine Möglichkeit eines neuen Krieges, Aussichtslosigkeit eines Verzweiflungskrieges, völlige Vernichtung Deutschlands im Fall eines neuen Krieges. Wozu der Lärm? So war alles nur Schwindel? So hat man die Jugend gefoppt, so hat man sie unter der Parole, „es ginge demnächst gegen den Erbfeind“, eingefangen, um sie zunächst einmal und hoffentlich für alle Fälle, fest in die Hand zu bekommen. Gegen Frankreich dressiert und zum Anrennen gegen deutsche Mitbürger bestimmt. Das also ist die große Gesundung, die die Nationalen dem deutschen Volke bescheren wollen. Schlageter ist von der heiligen Säule herabgekommen. Man will Kant, Goethe und Beethoven anbeten, aber man zählt zugleich die Banner, auf denen Totenköpfe, Hakenkreuze und manche andere Symbole der Schlachtengötter prangen. Und mit solchem Doppelspiel glauben die Nationalen auf die Dauer das deutsche Volk betören zu können. Sie werden, wenn sie die rotbehoste Zielscheibe in die Versenkung fallen lassen, den aufgestachelten Verbändlern eine andere Zielscheibe weisen müssen: das zerlumpfte Gewand des Proletariats. Vielleicht aber werden doch so manche dieser Werwölfe, wenn sie aus der Illusion erwachen und den Vertrag von Versailles durch ihre glorreichen Führer erfüllt sehen, sich doch noch eines Besseren besinnen. Und auch darum: die Nationalen müssen unter das Joch.

\*

Für eine geistige Bewegung haben also in Halle die Generale, hat dort Herr Ludendorff, hat der Prinz Oskar demonstriert. So erklärt es sich wohl, daß der Reichswehrminister auch eine der famosen Traditionskompagnien der Reichswehr nach Halle entsandt hat. So erklärt es sich wohl, daß dieser Mummenschanz und Unfug überhaupt vor sich gehen konnte. Der erste Mai, das ist die Orgie des Materialismus, es ist aber gewissermaßen die Vorstufe geistiger Erziehung, die Stufe der Selbsterkenntnis, wenn geschlagene Generale, und im besonderen solche, die auch nach dem verfohrenen Krieg nur Torheiten begangen und sich immer wieder als ebenso dumm wie taktlos und feige erwiesen haben, öffentlich Paraden abnehmen und Huldigungen sich zu Füßen legen lassen. Die Sprengung des Moltke-Denkmal war sicherlich eine verwerfliche Albernheit; und die Kommunisten sollten auch aus solcher Episode lernen, wie gegenüber der deutschen Reaktion ihre Gewalttaten zerspritzen und genau das Gegenteil bewirken von dem, was sie bewirken möchten. Aber das muß man doch sagen: gemessen an

der Verlogenheit dieser Hallensischen Komödie, die den Revanche-Aufmarsch der vaterländischen Verbände in eine Defiliercour vor geistigen Gütern umbiegen wollte, gemessen an diesen Generalen, die sich nicht entblöden, die Republik, von der sie gefüttert werden, öffentlich zu verhöhnen, gemessen an dem Reichswehrminister, der sich dazu vergißt, die republikanischen Soldaten vor der Fahne der Rebellen stramm stehen zu lassen, an solchen Halbheiten und Grotesken gemessen, sind die Kommunisten, die im Kampf für eine zwar falsche, aber doch ehrlich gemeinte Idee gefallen sind, wahrhaft Helden.

\*

„Das Ziel, das wir in unserem Drängen auf die Wahl und im Wahlkampf verfolgten, war, die Macht des Marxismus über die Geister zu schwächen und der Herrschaft der Sozialdemokratie ein Ende zu machen. Wir halten die Zeit noch nicht für gekommen, unsere letzten Wünsche im Reichstage durchzusetzen. Wohl wäre es aber am Platze, im Anschluß an die bayerische Denkschrift und darüber hinaus schlimmste Fehler des demokratischen Parlamentarismus und Unitarismus — diesen Fremdgewächsen gebührt das Fremdwort — zu beseitigen.“ Für solch Geständnis des Grafen Westarp würden wir dankbar sein, wenn wir es nötig gehabt hätten. Wir aber können des Gebells dieses freßgierigen Hundekopfes entbehren. Wir wissen, wohinaus die Nationalen wollen. Vor Herrn Poincaré — um es immer wieder zu sagen — würden sie kuschen, und das deutsche Proletariat würden sie regieren, regieren, so wie sie das verstanden haben: Dreiklassenwahlrecht, Gesindeordnung und Getreidezölle. Das muß vereitelt werden. Wenn nun schon die Nationalen erkannt haben, daß Erfüllungspolitik gemacht werden muß, so ziehen wir doch vor, diese Politik selbst zu machen. Wir glauben, daß, wenn die schwarz-weiß-roten Rattenfänger nicht mehr das Lied der Revanche werden blasen können, daß dann die Vernunft und der Selbsterhaltungstrieb des deutschen Volkes sich gegen den Feudalismus der Raubritter angemessen verhalten werden. Und darum: die Nationalen müssen unter das Joch (schon stehen sie halb darunter) und dann muß die Tür zur Regierung vor ihnen zugeschlagen werden.

Gesichert aber sollte die Tür werden durch einen Block der Vernunft, gefügt aus den Parteien, die willens sind, mit dem England Macdonalds und dem verjüngten Frankreich eine Politik der ehrlichen und allen Beteiligten gerechtwerdenden Verständigung zu treiben, europäische Politik, eine Politik, die den Forderungen des in der westlichen Welt machtvoll vorstoßenden Sozialismus, den Forderungen der Menschlichkeit gegenüber allen, die Werk verrichten, Erfüllung gibt.

## Die Vorabstimmung in Hannover

Von Herman Kranold (Hannover)

In der Provinz Hannover wird am 18. Mai eine Volksabstimmung stattfinden, die vermutlich nicht gerade als Erziehung zur Ausübung des Stimmrechts wirken wird. Mit Ausnahme einer einzigen Partei haben alle Parteien und, im Bunde mit ihnen, die preußische Staatsregierung nämlich die Parole ausgegeben, daß jeder Staatsbürger seine Pflicht tun solle, indem er der Abstimmung fernbleibt.

Dieser etwas seltsame Vorgang hat seinen Grund darin, daß in der Provinz Hannover die politischen Verhältnisse selbst so seltsam sind, wie wohl in keinem andern Teile des Deutschen Reiches. Wengleich auch im übrigen Deutschland an Parteien ein eigentlicher Mangel nicht besteht, so leistet sich die Provinz Hannover doch schon seit langen Jahren den Luxus einer eigenen Partei, die ihr kein anderer Teil Deutschlands nachmachen kann. Es handelt sich um die Deutschhannoversche Partei, die sich lediglich mit der Bearbeitung hannoverscher Spezialangelegenheiten befaßt. Sie ist eine Eigenbrötlerpartei im krassesten Sinne des Wortes. Schon als Partei ist sie ein seltsames Gebilde. Schon lange, ehe die Völkischen diesen reizvollen Witz erfunden hatten, erklärte diese Partei, sie wäre eigentlich gar keine Partei, sondern vielmehr eine Bewegung, nämlich eine Bewegung, die sich die Verwirklichung des Heimatgedankens zum Ziel gesetzt habe und als solche über allen Parteien stehe. Der Heimatgedanke aber besteht nach den Veröffentlichungen der Presse dieser Partei politisch in der Schaffung eines neuen Staatsgebildes im Rahmen des Reiches in Nordwestdeutschland, wirtschaftlich in der Loslösung der hannoverschen Wirtschaft aus der Verstrickung in den gesamtdeutschen Kapitalzusammenhang, kulturell in der Pflege heimischer Art und Sitte, womit in erster Linie wohl die Pflege des niedersächsischen Schrifttums und die Zulassung des Plattdeutschen als zweite Amtssprache neben dem Hochdeutschen gemeint sind.

Um so mehr gerät man in Erstaunen, wenn man — allerdings nach Ueberwindung einiger Schwierigkeiten, da die Partei diese Tatsache gern schamhaft verschweigt — herauskriegt, daß diese Partei ein Programm besitzt, das sich keineswegs auf die genannten drei Fragenkomplexe beschränkt, sondern so ziemlich alle Dinge in sehr entschiedenem Sinne behandelt, die zwischen Himmel und Erde überhaupt Gegenstand der Arbeit einer politischen Partei werden können. Wenn man sich dieses Programm ansieht, so findet man, daß die Partei zu charakterisieren ist als eine grundsätzlich monarchistisch eingestellte Partei, die aber bereit ist, auch in der Republik nicht draußen in der Kälte zu sitzen, sondern die Vorteile eines republikanischen Regimes gemächlich und in Sicherheit zu genießen. Wirtschaftspolitisch sieht man, daß die Partei darauf ausgeht, den Großbauernstand vor Enteignung zu schützen, innere Kolonisation, soweit sie nicht durch Zerschlagung von Domänenland betrieben werden kann, zu verhindern, in den Städten der industriell-großkapitalistischen Entwicklung sich entgegenzustemmen und handwerklich-mittelständlerisches Wesen nach Kräften zu fördern. Sozialpolitisch ist die Deutschhannoversche Partei reaktionär eingestellt, sie ist gegen den Achtstundentag, gegen Fortschritte in der Sozialversicherung, sie widersetzt sich der wirtschaftlichen Betätigung des Staates und der Gemeinden und hat gegen alle Formen öffentlich-rechtlicher Verwaltungswirtschaft erbarmungslos gekämpft und kämpft noch heute so. Im Grunde ist das Ideal, auf das diese Partei aufgebaut ist, das eines mittelalterlichen Ständestaates, in dem oben ein von den Ständen abhängiger König thront, dann ein hochgeborener Adel die Staatsverwaltung beschlagmahnt, und nur zu den wenigen Aemtern, zu deren

Bekleidung Fachkenntnisse bedauerlicherweise unentbehrlich sind, bürgerliche Gelehrte zuläßt. Unterhalb dieser Schichten der Hochmögenden liegt dann eine breite Masse von Handwerkern und Bauern, evtl. auch Landarbeitern und Pächtern; eine soziale Frage gibt es nicht, weil die Entstehung eines städtischen Proletariats nicht geduldet wird; da, wenn einmal Industrie auftritt, auch Proletarier unvermeidlich sind, so wird Industrie nicht geduldet.

Eine Partei, die in mehr oder weniger ausgesprochener Weise solchen Idealen nachgeht, ist in der so ganz anders gestalteten Welt der Tatsachen heute natürlich verraten und verkauft. Den Problemen der Gegenwart freilich kann sie sich nicht entziehen. Denn das kann niemand, der sich nicht auf kürzestem Wege in ein Kloster oder in eine Irrenanstalt oder sonst ein sicheres Asyl für geistig Obdachlose begibt. Alle Fragen, die die Gegenwart ihr entgegenwirft, sucht die Deutschhannoversche Partei daher unter dem Gesichtspunkt der Rückkehr zu diesen Idealen zu beantworten. Das wichtigste Mittel dazu ist ihr die Zerschlagung der großen staatlichen Einheitsgebilde und die Wiederherstellung des staatlichen Kleinbetriebes in vollem Umfange. Deshalb wird gegen den Zentralismus gedonnert, deshalb wird versucht, das sogenannte Unrecht von 1866 wieder gutzumachen, deshalb werden täglich in den Betätigungen der Partei lebende Beispiele für die Wahrheit des Satzes produziert: im engen Kreis verengert sich der Sinn.

Kulturgeschichtlich ist es interessant, zu sehen, wo denn dieser Kantönligkeit seine stärkste Ausprägung gefunden hat. Es ist in jenen Gegenden Hannovers der Fall, in denen die Menschen einsam leben. Die Provinz Hannover besteht zum großen Teil aus Gebieten, in denen Industrie kaum eine natürliche Grundlage hat, und Landwirtschaft, wenn man von den allerneuesten Methoden absieht, mit Vorteil nur außerordentlich extensiv betrieben werden kann. In der Heide und im Moorgebiet liegen als weitmaschiges Netz Einzelgehöfte ausgebreitet oder, wo slawische Siedlungsgewohnheiten eingewirkt haben, wie z. B. im hannoverschen Wendlande, kleine Dörfer, aus fünf oder sechs mäßig großen Gehöften bestehend, die um einen gemeinsamen Dorfhof herumgebaut sind. Erst in neuerer Zeit sind die Verkehrsverhältnisse besser geworden; es ist noch nicht lange her, daß der größte Teil der Einwohner dieser Siedlungen, sofern er nicht militärpflichtig war, während seines ganzen Lebens kaum über einen Umkreis von 10 oder 20 km um seinen Wohnort herauskam, — einen Umkreis, in dem vielleicht 15 bis 20 Familien im ganzen aufzutreiben waren. Daher Engzucht, feste Anheftung an die Scholle und jene Verengerung des Horizonts, die den Menschen unfähig macht, in größeren Verhältnissen sich zurechtzufinden, wenn das Schicksal ihn in sie hineinschleudert. Daher die Neigung zur Sektenbildung, zum Fanatismus, zur Starrsinnigkeit, zum Festhalten an den seltsamsten Ueberlieferungen und Gewohnheiten in Wirtschaft und Kultur und im Zusammenhang mit der Kärglichkeit des Ertrages der Wirtschaft eine Ausprägung des Sinnes für Privateigentum, wie sie selten nur anderswo in solcher Schärfe und Tiefe beobachtet werden konnte. Daher auch ein Rechtsempfinden, das im allerngsten Kreise immer wieder sich herumdreht. 1866 hat Preußen die Kriegserklärung an Hannover ausgesprochen. Also ist Preußen der Friedensbrecher und Räuber. Das königlich hannoversche Heer ist unbesiegt, denn 1866 wurde es von den Preußen bei Langensalza angegriffen und schlug am ersten Tage diesen Angriff ab. Hannover hat niemals Frieden mit Preußen geschlossen, sondern Hannover ist annektiert worden, seine Bevölkerung zu irgendwelcher Staatsbürgertreue gegen Preußen also nicht verpflichtet, der preußisch-hannoversche Krieg ist für diese Auffassung 1866 nicht beendet worden, sondern dauert heute noch an usw.

Daher auch die dem Fanatismus entspringende fabelhafte Fähigkeit, faustdicke Tatsachen ein Leben lang nicht zu sehen. Daß 1866 Hannover ein Bündnis mit Oesterreich abgeschlossen hatte und gerüstet Preußen im Rücken bedrohte, daß am Tage nach Langensalza das hannoversche Heer vor den Preußen die Waffen strecken mußte, daß König Georg V. 1867 durch den Vertrag von Hietzing sich seine Ansprüche auf Hannover von Preußen für ein paar Millionen Taler in preußischen Konsols hatte abkaufen lassen, daß 1892 durch den Hammerstein-Vertrag der Vertrag von Hietzing feierlich erneuert war, das alles sind Tatsachen, die als Beispiele dienen mögen, was diese Fanatiker gutgläubig zu ignorieren vermögen.

Um diesen Kern gruppiert sich nun eine Vielheit von Schalen. Ideologien, ökonomische Interessen, Führerehrgeiz, Gelehrtenmarotten, das Selbsterhaltungsinteresse einer Parteibürokratie: alles dies hat zusammengeköchelt, um aus der Deutschhannoverschen Partei ein Sammelsurium von Aristokraten und Demokraten, Monarchisten und Republikanern, Militaristen und Pazifisten, Staatskirchlern und Atheisten zu machen, in dem aber immer jener Kern die leitende Rolle spielt, dessen überragender Charakterzug fanatische Feindschaft gegen Preußen ist.

Von der Stärke dieses Fanatismus kann man sich nur einen Begriff machen, wenn man etwa folgende Proben genießt. Die „Uelzen-Isenhagener Zeitung“ vom 27. Februar 1924 beschwört die hannoverschen Bauern folgendermaßen:

„Her eure Hand! Helft! Es geht um die Heimat, es geht um dein und deiner Kinder Geschick! Willst du stumpf beiseite stehen, daß einst die in Not und Elend versinkenden kommenden Geschlechter dir fluchen, weil du in der Stunde der Entscheidung deine Pflicht nicht erfüllt hast? Die Heimat ruft! Gedenke der Väter vom Teutoburger Walde, aus Wittekinds Heldenringen, aus den Tagen von Minden, Waterloo und Langensalza! Die Heimat muß frei werden! Das Rettungswerk beginnt mit der Abstimmung! Ein Verräter oder ein bezahltes Subjekt ist, wer für Preußen eintritt.“

Oder man sehe sich aus einem andern Blatte, dem „Nordhannoverschen Landesboten“ (Zeven) folgende Probe an. Ein biederer Landbewohner schickte diesem Blatte eine Zuschrift, die es am 29. November 1923 quietschvergnügt abdruckte:

„Endlich sollst du, niedersächsisches Volk, die Möglichkeit haben, dein Schicksal selbst zu bestimmen und dich nach 57jähriger Bedrückung aus den Krallen des preußischen Adlers zu befreien. Nicht leicht läßt sich der Adler, dies gefräßige Tier, seine Beute entwinden. Aber er mußte in den letzten Jahren schon manchen Brocken fahren lassen. Auch Hannover, dieser fette Bissen, wird ihm entrissen werden, wenn ihr alle auf dem Posten seid.“

Diese Partei, die so agitiert, weiß nicht genau, was sie will. Selbst in der wichtigsten Frage, nämlich in der, wie denn nun eigentlich die Grenzen des zu bildenden neuen Landes aussehen sollen, herrscht keinerlei Einigkeit. In holder Eintracht drückt die Presse der Deutschhannoverschen Partei die widersprechendsten Auffassungen hierüber ab. Die Forderungen schwanken zwischen zwei Extremen. Das Minimum ist das jetzige Abstimmungsgebiet, nämlich die preußischen Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade und Osnabrück; das Maximum wird anscheinend bezeichnet durch einen Aufsatz, der in der „Hannoverschen Landeszeitung“ vom 8. April 1924 erschien und in dem ein Gebiet gefordert wurde, das die preußischen Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover sowie Teile der preußischen Provinzen Sachsen, Hessen-Nassau und Westfalen, ferner die Länder Hamburg, Bremen, Oldenburg, Braunschweig, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe und evtl. auch beide Mecklen-

burg für das neuzubildende Land Groß-Niedersachsen forderte. Man kann sich also aussuchen, was einem mehr zusagt. Es wird sich aber niemand darüber beklagen dürfen, der der Deutschhannoverschen Partei angehört, wenn man ihm sagt, daß man nicht wisse, ob die Unbedenklichkeit ihres Fanatismus oder die Unklarheit ihrer Ziele größer ist.

Die Agitationsmittel der Deutschhannoverschen Partei sind zum Teil rationaler Natur. Dahin gehört vor allem die Behauptung, daß Preußen sich seit 1866 dauernd auf Kosten der Provinz Hannover bereichert habe und noch bereichere. Wenn der Kampf vorüber ist, wird es ein interessanter Beitrag zur Soziologie politischer Kämpfe sein, den Gang dieser Auseinandersetzung einmal genau zu untersuchen. Heute dürfen nach Ueberwindung unendlicher Schwierigkeiten folgende Sätze als wissenschaftlich feststehendes Ergebnis der Diskussion verzeichnet werden:

1. Das Königreich Hannover war 1866 wirtschaftlich im Verhältnis zum Durchschnitt des übrigen Deutschland ein verwahtes und zurückgebliebenes Wirtschaftsgebiet. Es brachte in die Vereinigung mit Preußen keinerlei bemerkenswerte Reichtümer ein, aber allerdings auch keine wesentlichen Staatsschulden, da sehr viele normale Staatsausgaben im Königreich Hannover einfach unbesorgt geblieben waren.

2. Während der Zeit der Zugehörigkeit zu Preußen hat sich Bevölkerung und Wohlstand der Provinz Hannover schneller entfaltet als im übrigen Preußen, und zwar deshalb, weil nun erst die Vorteile eines Staatsgroßbetriebes der Provinz zuteil wurden, weil Preußen einen immerhin nennenswerten Teil der Staatsverwaltungsausgaben der Provinz Hannover aus Ueberschüssen anderer Teile Preußens bezahlte und weil Preußen für die Förderung der Wirtschaft, namentlich der Bergwerke, Eisenbahnen, Wasserstraßen, Häfen und der inneren Kolonisation jene Riesenkapitalien aufbrachte, an die für ein selbständiges Gebiet von der Art des Königreichs Hannover gar nicht zu denken war.

3. Trotzdem ist 1914 der Vorsprung Preußens vor der Provinz Hannover noch nicht ganz eingeholt gewesen. Die Bevölkerungsvermehrung und der Steuerertrag standen noch immer unter der Höhe des preußischen Durchschnitts, und für die Staatsausgaben, die auf Hannover entfielen, war ein preußischer Zuschuß noch immer erforderlich. Er betrug im Jahre 1913 2,25 Millionen Goldmark.

4. Die Verselbständigung der Provinz Hannover zu einem deutschen Lande würde eine wesentliche Verteuerung der Verwaltung zur Folge haben. Auch müßte der Zuschuß Preußens dann von Hannover selbst aufgebracht werden. Eine weitere Verschlechterung würde sich ergeben, wenn dieses neue Land zu einem Lande Niedersachsens durch Anschluß von Bremen, Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe und Lippe-Detmold ausgeweitet würde. Auf Grund der Zahlen des preußischen Staatshaushalts für 1922 ergibt sich, daß ein solches selbständiges Hannover ungefähr 50 Proz., das selbständige Niedersachsen sogar 70 Proz. mehr Steuern erheben müßte, als bisher staatliche Steuern in der Provinz Hannover erhoben werden.

5. Alle Träume sich selbst genügender Wirtschaftsgestaltung für ein selbständiges Hannover sind nichtig. Hannover ist ein Land, in dem Ueberschüsse der einen und Zuschüsse der anderen Produktionszweige einander ungefähr die Wage halten. Die hauptsächlichlichen Ueberschußprodukte sind Kali, Kartoffeln, Vieh und Torf; in gewaltigen Mengen zugekauft werden müssen, von allem anderen abgesehen, Kohle, Brotgetreide, Stickstoffdünger und Futtermittel. Die wirtschaftliche Abhängigkeit Hannovers von anderen Gebieten könnte also durch die Verselbständigung zum Land sich gar nicht ändern.

Einsichtige Führer der Deutschhannoverschen Partei haben denn auch erkannt, daß die Dinge so stehen. Der Parteivorsitzende, der frühere Reichstagsabgeordnete Graf Bernstorff-Wehningen, hat vor

einiger Zeit in öffentlicher Versammlung erklärt, daß er seinen Landsleuten nicht versprechen könne, daß sie von einer Vonselbständigung ihres Landes wirtschaftliche Vorteile haben würden. Trotzdem wird mit der Parole: „Hannovers Reichtum den Hannoveranern!“ nach wie vor im Lande weiter gehetzt und die nackten Tatsachen in seltsamer Verschämtheit nicht zur Kenntnis genommen.

Versteht es die deutschhannoversche Agitation, auf diese Weise selbst ein Gebiet rationaler Erörterungen zum Tummelplatz von Gemütsausbrüchen zu machen, so kann man sich ungefähr vorstellen, was auf dem eigentlichen Hexentanzplatz dunkel strudelnder Gefühle herumwirbelt. Da wird von Herrschaft und Freiheit pathetisch deklamiert, da wird der Name Gottes für die Sache der Freiheit angerufen, da müssen die weißen Sachsenrosse aufmarschieren, da wird der angebliche tückische Verrat des Hohenstaufen Barbarossa an Heinrich dem Löwen Preußen zur Last geschrieben, da wird des englischen Königs hannoversche Legion in die Erinnerung gerufen, da stolziert man in königlich hannoverschen Uniformen, die Gott sei Dank von Georg V. wieder den englischen Vorbildern angepaßt waren, nachdem Ernst August sie in unbegreiflicher Verblendung den preußischen Waffenröcken nachgebildet hatte, da werden Heimatfeste mit weißen kleinen Ehrenjungfrauen gefeiert, Feldgottesdienste in Kirchen abgehalten (daher der Name Feldgottesdienst!), da wird das Ehrhardt-Lied für deutschhannoversche Zwecke „umgedichtet“ („weißes Roß am Kragen, gelb und weißes Band, Niedersachsens Söhne werden wir genannt . . .“), kurzum, da wird auf allen dumpfen Instinkten kleinlichster Spießbürger mit einer Unbedenklichkeit und Geschmacklosigkeit herumgeorgelt, die in der Geschichte politischer Agitation ihresgleichen suchen.

Alles dies sind nur andeutende Striche. Ein einigermaßen vollständiges Bild der ganzen Sache zu geben: dazu würde ein ganzes Heft der „Glocke“ nicht groß und die Geduld ihrer Leser nicht lang genug sein.

Die Abstimmung, die am 18. Mai stattfinden soll, ist eine Vorabstimmung auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung. Dieser sieht eine solche Volksabstimmung vor, falls ein Antrag auf Neubildung eines Landes gestellt wird und eine beteiligte Regierung eines bestehenden Landes damit nicht einverstanden ist. Das Gelingen einer Volksabstimmung hat zur Folge, daß zu der Umbildung nicht mehr ein verfassungsänderndes Reichsgesetz mit qualifizierten Mehrheiten in Reichsrat und Reichstag erforderlich ist, sondern nur ein einfaches Reichsgesetz. Ob eine Abstimmung, die dies zum Ziel hat, stattfinden soll, das wird entschieden durch eine Vorabstimmung. Die Abstimmung bedarf zu einem Gelingen der Erreichung eines doppelt bestimmten Minimums. Die Zahl der bei der Abstimmung für den Antrag abgegebenen Stimmen muß mindestens drei Fünftel der überhaupt abgegebenen Stimmen und gleichzeitig mindestens die Stimmenmehrheit der Stimmberechtigten des Abstimmungsgebiets erreichen.

Die Vorabstimmung ist anders beschaffen. Bei ihr wird auf Stimmenthaltung und auf Neinstimmen keine Rücksicht genommen. Entscheidend ist nur, ob Ja stimmen abgegeben werden, daß ihre Anzahl ein Drittel der Stimmberechtigten ausmacht. Wird dies Drittel erreicht, so findet die Abstimmung statt. Wird es nicht erreicht, so unterbleibt sie, einerlei, wieviel Neinstimmen abgegeben sind.

Die Vorabstimmung ihrerseits ist anzusetzen auf schriftlichen Antrag von mindestens 5000 reichstagswahlberechtigten Personen aus dem Gebiet, um das es bei der Abstimmung sich handelt.

Die Deutschhannoversche Partei hat einen solchen Antrag zweimal gestellt, einmal Ende 1922, wenige Tage vor dem Einmarsch der Franzosen und Belgier ins Ruhrgebiet und zum zweiten Male, nachdem sie den ersten Antrag unter dem Druck der öffentlichen Meinung zurück-

gezogen hatte, im Spätherbst des Jahres 1923. Die Notwendigkeit, dieses Verfahren bereits in der Vorabstimmung möglichst zu ersticken, läßt sich nicht von der Hand weisen. Denn naturgemäß ist eine vielleicht noch Monate fortdauernde Agitation der hier gekennzeichneten Art nicht nur eine dauernde, tiefe Beunruhigung der Bevölkerung des Abstimmungsgebietes, sondern auch ein absoluter Hemmschuh für jede sachlich eingestellte Verwaltungsarbeit. Deshalb bemüht sich der preussische Staat und bemühen sich die mit ihm gehenden Parteien, die Sache am 18. Mai zu Ende zu bringen. An einen Erfolg in der Hauptabstimmung ist schon gar nicht zu denken, das mindeste, was die Deutschhannoveraner in ihr aufbringen müßten, wären 915 000 Stimmen (die Zahl der Stimmberechtigten berechnet sich, soweit bisher bekannt, auf 1 830 000 Personen). Für die Vorabstimmung müßten von deutschhannoverscher Seite mindestens 610 000 Stimmen aufgebracht werden. Die Reichstagswahl vom 4. Mai ergab nicht ganz 298 000 deutschhannoversche Stimmen. Diese Zahl müßte also zum Gelingen der Vorabstimmung mehr als verdoppelt, zum Gelingen der Hauptabstimmung mindestens reichlich verdreifacht werden. Das zweite ist ganz ausgeschlossen. Das erste ist jedenfalls sehr unwahrscheinlich, wenngleich natürlich unter Völkischen, Kommunisten und Zentrumsleuten allerlei Treibholz herumschwimmt, das der Strom der Gemütsbewegungen vielleicht am 18. Mai dem deutschhannoverschen Antrag zuschwemmen wird.

Die preussische Staatsregierung wehrt sich mit allen gesetzlich und verfassungsmäßig zulässigen Mitteln gegen den Antrag. Ihr gutes Recht dazu ist durch den Reichskanzler ausdrücklich anerkannt worden. Alle Parteien der Provinz Hannover, mit Ausnahme der Deutschhannoveraner, leisten ihr Gefolgschaft. Auch die Sozialdemokratische Partei bekämpft den Antrag mit Einsatz ihrer ganzen Machtmittel und mit der unermüdlischen Anstrengung aller ihrer getreuen freiwilligen Helfer. Die Sozialdemokratie der Provinz Hannover folgt dabei hauptsächlich folgenden Erwägungen:

1. In der gegenwärtigen Notzeit sind Umbildungen von solcher Tragweite innerhalb Deutschlands eine nicht tragbare Belastung unserer staatlichen Widerstandsfähigkeit.

2. Bis auf weiteres ist Preußen der beste Rückhalt gegen Reaktion im Reich, während ein selbständiges Hannover ein norddeutsches Bayern sein würde; erklären doch die Führer der Deutschhannoverschen Partei ausdrücklich, daß sie in dem „freien“ Hannover eine norddeutsche „Ordnungszelle“ schaffen wollen.

3. Die Beseitigung der Reste des Partikularismus kann nur geschehen, indem die Gesetzgebungs- und Verwaltungsmacht des Reiches gegenüber den Ländern systematisch ausgebaut und so die Eigenstaatlichkeit der Länder zielbewußt unterhöhlt wird, nicht aber durch Neubildung von Ländern, die schon aus Selbsterhaltungstrieb Kristallisationszentren eines neuen Partikularismus werden müßten.

4. Jede Sprengung Preußens muß den Verlust des Rheinlandes, Ostpreußens und Schlesiens auf die Dauer zur Folge haben, ein Verlust, der nicht nur Preußen, sondern auch Deutschland treffen würde.

Man wird der kommenden Abstimmung mit Spannung entgegensehen dürfen. Ihr Ausfall wird zeigen, ob törichte Gemütswallungen weitgehende Entscheidungen schädlichster Art dem deutschen Volke aufzwingen können, oder ob die Vernunft allmählich wieder auf dem Wege ist. Die vernünftige Haltung sonst recht verschrobener radikaler Flügelparteien berechtigt zu der Hoffnung, daß der deutschhannoversche Spuk am 18. Mai endgültig zu Grabe getragen wird.

## Rußland oder England?

Von Ernst Reuter

Seitdem die englische Arbeiterregierung die Geschichte des britischen Imperiums beeinflusst, vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die offizielle russische Regierungspresse ebenso wie die kommunistische Parteipresse in Moskau und in allen andern Ländern die schärfsten Angriffe gegen diese englische Arbeiterregierung richtet. Die deutschen Kommunisten, auch in dieser Beziehung die folgsamsten Lakaien, haben die neue Parole des Kampfes gegen die Regierung Macdonald eifrig aufgegriffen. Sie veranstalten Versammlungen unter dem Thema „Rußland oder England“ und benutzen diese Versammlungen, um ihren Anhängern Wundermärchen über die „proletarische“ Politik der Sowjetregierung und die kapitalistischen Gemeinheiten der Labour Party zu erzählen. Objektiv ist für die russische Regierung diese Kampagne nur eins der zahllosen Mittel der geschickt geleiteten Auseinandersetzung zwischen dem englischen und dem russischen Imperialismus. Die Expansion Rußlands stößt in Asien überall an die Interessensphären des britischen Imperiums. Die revolutionäre Agitation unter den Völkern des Ostens soll der Schwächung Englands und damit von selbst der Stärkung Rußlands dienen. Der bedeutende Apparat, der in Rußland selbst für diese Propaganda seit dem ersten „Kongreß der Völker des Ostens“ aufgebaut wurde, soll vom Standpunkt der russischen Machthaber durch die parallele Kampagne in den europäischen Ländern nur unterstützt werden. Die imperialistische Tendenz ist das Primäre. Die revolutionäre Agitation ist die Begleitmusik, die über den objektiven Charakter so wenig hinwegtäuschen kann, wie das Gerede von der proletarischen Revolution irgendwie zu verdunkeln vermag, daß Rußland in Wirklichkeit eine verspätete bürgerlich-bäuerliche Revolution durchlebt, die nur infolge einer ganzen Reihe besonderer historischer Umstände von den bolschewistischen Jakobinern subjektiv als proletarische empfunden und dargestellt wird.

Es fehlt dem objektiven Gegensatz der beiden Weltreiche Rußland und England, der in dem Kampf um die Völker des Ostens sich äußert, nicht die Parallele im subjektiven Empfinden der miteinander ringenden Kräfte. Seitdem die bolschewistische Revolution an sich die deutlichen Züge des Zerfalls und der Zersetzung zu tragen beginnt, seitdem Lenin mit heroischer Energie das Rad rückwärts riß, haben die führenden Bolschewiki um so schärfer ihre subjektive Ideologie herauszuarbeiten gesucht. Schon vor dem Tode Lenins, seit seinem Abgang aber in steigendem Maße, stellen sie in den Mittelpunkt ihrer Propaganda in Rußland wie im Ausland den Begriff des Leninismus, als der besonderen, durch Lenin geprägten und entwickelten Form der marxistischen Lehre, mit der der Marxismus angeblich von einer bloßen Wissenschaft zur Tat geworden sein soll. Der überragende und in seiner Art geniale Realpolitiker ist tot, an seine Stelle tritt die Herrschaft der Männer, die bestimmte Formen der bolschewistischen Entwicklung zum Inhalt einer neuen Heilslehre zu machen versuchen.

Die russische Entwicklung wird bald genug zeigen, daß gerade dort den Bolschewiki sehr reale wirtschaftliche und politische Probleme zur Lösung gestellt werden, die sich durch bloße Beschwörung der Zauberformel „Leninismus“ leider nicht lösen lassen. In Europa aber geht die Entwicklung der kommunistischen Parteien immer mehr in der Richtung, die durch dieses Schlagwort allenfalls gekennzeichnet werden kann. Das zeigt sich nicht nur in Deutschland, wo die Linksentwicklung ein deutliches Symptom dafür ist, das zeigt sich genau so gut in allen andern Ländern in der inneren Entwicklung der kommunistischen Parteien.

Eine Geschichte des Leninismus ist noch nicht geschrieben. Das zahlreiche Material, das die Kommunisten, zum Teil bergehoch, darüber veröffentlicht haben, ist wenig brauchbar. Sie schreiben in der Regel nicht, um der Wahrheit zu dienen. Trotzdem kann man den Leninismus charakterisieren, wenn man sagt: er ist die spezifische Anpassung einer revolutionären politischen Bewegung an die besonderen Bedingungen eines unter dem Absolutismus und dem Fehlen jeder politischen Freiheit leidenden Landes, in dem die Hundertmillionenmasse einer noch fast geschichtslosen Bauernschaft zusammen mit der Unentwickeltheit des Bürgertums und des Proletariats die Voraussetzungen für eine jakobinische Revolution schufen. In den Schriften Lenins, die der ersten Spaltung der russischen Sozialdemokratie vorausgehen, wird immer wieder auseinandergesetzt, daß das Proletariat als solches, von sich aus, kraft der spontanen, immanenten Entwicklungsmöglichkeiten seiner Massenbewegung sich nicht zum Sozialismus entwickle. Es bedarf dazu der bewußten Leitung und Führung, die nur durch eine Partei von Berufsrevolutionären gewährleistet werden kann. Wenn bei den berühmten 21 Bedingungen, die zur Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie führten, zum Erstaunen aller derer, die in der deutschen Arbeiterbewegung groß geworden waren, auch der Mitglieder des Spartakusbundes, die Annahme bestimmter organisatorischer Forderungen zum Spaltungsgrund gemacht wurde, so hatte das in der Geschichte der bolschewistischen Bewegung durchaus sein Vorbild. Die bolschewistische Partei ist als solche über organisatorische Meinungsverschiedenheiten beim Parteaufbau entstanden. Der ersten entscheidenden Spaltung von 1903 sind Dutzende von weiteren Absplittierungen, Gruppierungen, Umbildungen gefolgt, die in langen Jahren der bolschewistischen Partei ihr Gepräge gegeben haben. Man kann dabei nicht verkennen, daß ein ähnliches Gepräge, wenn auch nicht in gleich prononzierter Form, die übrigen russischen sozialistischen Parteien trugen und bei den Bedingungen, unter denen sie arbeiten mußten, auch wohl nicht gut anders tragen konnten.

Die Entwicklung der deutschen kommunistischen Partei zeigt in den letzten Jahren die Spuren der Auseinandersetzung mit dieser von den Bolschewiki gestellten organisatorischen Seite des revolutionären Problems. Die Erfahrung hat zur Genüge bewiesen, daß die Uebertragung der bolschewistischen Organisationsform auf deutsche und europäische Verhältnisse nicht möglich ist. Die ganze Geschichte der deutschen kommunistischen Partei zeugt von den tiefen Wunden, die der Radikalismus in Deutschland immer wieder dadurch erlitt, daß die Bedürfnisse breiter proletarischer Massen mit organisatorischer Schulung und mit Verlangen nach demokratischer Selbstverwaltung in den Organisationen immer wieder in einen Gegensatz zu den spezifisch bolschewistischen Methoden der Parteiorganisation geraten mußten. Karl Radek gibt diesen Gegensatz in seiner Skizze über Leo Jogisches an einem besonderen persönlichen Einzelfall charakteristischen Ausdruck. Jogisches war — so wenig er Leninist im engeren Sinne war — doch als Typus des Organisationsführers berufene Führer einer illegalen Verschwörerorganisation. Radek schreibt über ihn:

„Als ich (Dezember 1918) nach Berlin kam, da waren es Lobeshymnen und Verwünschungen, die ich über Leo Jogisches vernahm, der wieder einmal in seiner Löwentatze die ganze Partearbeit hielt und sich bei einem Teil der Partei tiefste Liebe und Verehrung erwarb, während die andern von seinen oft wenig sanften Manieren nicht sprechen konnten, ohne einen roten Kopf zu kriegen. Durch seine Zimmer im Büro des Spartakusbundes marschierte täglich die ganze Partei durch. Jeder Delegierte wurde in diese Retorte gebracht und kam mit der Meinung, je nach seinem Temperament, heraus,

daß entweder die Parteiorganisation sich in ausgezeichneten Händen befinde oder daß sie unter einer Diktatur ächze. Würde die Kugel eines Noske-Schergen nicht seinem Leben ein Ende gemacht haben, seine Kraftnatur hätte ganz gewiß noch einen schweren Kampf auszufechten gehabt, bis er verstanden hätte, daß eine breite revolutionäre Bewegung anders organisatorisch behandelt werden muß als eine kleine, illegale Partei.“

Nicht umsonst verbrennen die deutschen Kommunisten jetzt auch Rosa Luxemburg, die von Anfang an über die Notwendigkeiten und Möglichkeiten proletarischer Organisationen anders gedacht hat als die bolschewistischen Jakobiner. Gewiß ist Rosa Luxemburg in der alten deutschen Sozialdemokratie die Persönlichkeit gewesen, die am meisten den Einfluß der russischen Revolution von 1905 auf die deutsche Bewegung zu übertragen gesucht hat. An ihren Differenzen, die sie mit Kautsky und andern über die Bedeutung russischer Kampfmethoden für die deutsche Arbeiterbewegung hatte, zeigen sich die ersten Bruchstellen, an denen später sich die Abspaltung der Spartakusbundes von der Sozialdemokratie vollzog. Aber so sehr Rosa Luxemburg die spontanen Massenbewegungen, die in dem undemokratischen zaristischen Rußland die erste Rebellion von 1905 kennzeichneten, als geschichtlich bedeutend ansah, so wenig verkannte sie die ganz anders gearteten Bedingungen, die das hochentwickelte Industrieland Deutschland der aufsteigenden Arbeiterbewegung gebot. Rosa Luxemburg stand insofern zwischen den Führern der deutschen Arbeiterbewegung und den Russen, und die heutigen Kommunisten haben nicht ganz unrecht, wenn sie sie in diesen Fragen als „Zentristin“ bezeichnen.

Der Absolutismus und die verhältnismäßig starke politische Einflußlosigkeit gaben vor dem Kriege manche Berührungspunkte zwischen Deutschland und Rußland. Erst die Beseitigung des wilhelminischen Regimes hat die Fesseln gesprengt, die einer organischen Aufwärtsentwicklung der Arbeiterbewegung bisher entgegenstand. Seitdem muß auch die deutsche Arbeiterbewegung sich der politischen Formen bedienen, die in England mustergültig herausgearbeitet worden sind. Wie England, so ist auch Deutschland als hochentwickeltes Industrieland nicht lebensfähig ohne eine in allen Zweigen des öffentlichen Lebens zum Ausdruck kommende demokratische Kultur. Gewiß haften uns die Rudimente des monarchistischen Regimes an, gewiß leiden wir unter mangelnder politischer Erfahrung ebenso der Arbeiterklasse wie des Bürgertums. Aber hinter den November 1918 führt kein Weg mehr zurück. Bei den Bedingungen, unter denen die Arbeiterbewegung heute sich entfalten kann, verliert das Bekenntnis zur revolutionären Mission der Arbeiterklasse seinen primitiven Sinn, der verständlich war, solange es absolutistische Staatsgewalten zu stürzen galt. In dem Gegensatz, der von den Bolschewiki gegen die Methoden der englischen Arbeiterbewegung ideologisch herausgearbeitet wird, gehört die deutsche Arbeiterbewegung heute, nach 1918, an die Seite der Engländer. Nur die Entfaltung der Demokratie, nur ihre volle Entwicklung, nur die volle Ausnutzung aller ihrer Möglichkeiten, der Ausbau breiter Millionenorganisationen garantiert im geschichtlichen Entwicklungsprozeß den Sieg der Arbeiterklasse. Der Aufstieg zur Macht ist nicht mehr ein einmaliger Akt, er wird zu einem Umwälzungsprozeß, in dem Schritt für Schritt das Proletariat die Staatsgewalt anzuwenden, die Wirtschaft erst zu beeinflussen, dann zu verwalten und zu lenken lernt. Die primitiven Formen zurückgebliebener Länder konnten nur so lange anziehend wirken, als künstliche Mauern diesen Aufstieg zu hindern schienen.

Die deutschen Kommunisten haben in dem offenen Bekenntnis zur Sektenpartei, zum Leninismus sich selber die Wurzeln fruchtbarer Wirk-

samkeit abgeschnitten. Was übrigbleibt, wird — sehr unbekümmert um den Erfolg von Verärgerungswahlen — ebenso absterben und zerfallen, wie in Rußland das phrasenhafte Bekenntnis zum Revolutionarismus gegenüber den ungeheuren Aufgaben des Wirtschaftsaufbaus versagt. Nicht Rußland wird der Lehrmeister sein, in England entwickeln sich die Formen und Methoden des Aufstiegs, die auch die deutsche Arbeiterklasse annehmen wird.

## Coßmanns 10000 Heubündel

Von Erich Kuttner

Bevor ich mich der Aufgabe unterziehe, die beiden Dolchstoßnummern der „Süddeutschen Monatshefte“ (Nr. 7 und 8) einer kritischen Würdigung zu unterziehen, muß ich den Leser flugs an eine launige Geschichte erinnern, die er in der „Insel der Pinguine“ des unsterblichen Anatole France findet. Man erinnert sich, wie dort die Dreyfuß-Affäre als „Fall der zehntausend Heubündel“ parodiert ist, erinnert sich an die prächtigen Gestalten des Kriegsministers und seines Generalstabschefs, die über die Durchführung des Justizmordes verschiedener Ansicht sind. Der Klügere von beiden will den Fall in seiner großen monumentalen Einfachheit erhalten, indem er auf alle Fragen nach Beweisen sich in ein verächtliches Schweigen hüllt oder mit einer tönenden patriotischen Phrase antwortet. Der Törichtere aber verdirbt ihm das Konzept, indem er sich auf das Sammeln von Beweisen verlegt. Er sammelt Aktenständer voll, Zimmer voll, schließlich einen ganzen Speicher voll, der unter der Last des Beweismaterials zusammenbricht. Er rühmt sich stolz, quadratische, runde, elliptische Beweise zu haben, sein größter Beweis ist über 17 Meter lang, der kleinste dagegen nur einen einzigen Quadratmillimeter groß. Aber der Kriegsminister, der von Anfang an dem ganzen Beweissammeln mißtrauisch gegenüberstand, soll recht behalten. Ein harmloser Richter, der bisher von der Schuld des Angeklagten fest überzeugt war, läßt sich eines Tages einfallen, das Beweismaterial zu studieren. Und da findet er denn alte Kalender, Modejournale, geschäftliche Makulatur usw. usw., nur kein einziges Dokument, das auf den „Fall der 10 000 Heubündel“ irgendwelchen Bezug hätte ....

Nach dieser Erinnerung erübrigt es sich eigentlich, noch viel über Herrn Coßmann und seine „Süddeutschen Monatshefte“ zu schreiben. Der „Dolchstoß in den Rücken des siegreichen Heeres“ war eine schöne Angelegenheit, solange er in monumentaler Beweislosigkeit aus den Lippen eines Hindenburg oder Ludendorff quoll. Hindenburg und Ludendorff haben bekanntlich nicht nötig, ihre Behauptungen mit Tatsachen zu belegen, dieweil eine auf den „Führerbegriff“ eingeschworene völkische Jugend sich feierlich aller Menschenrechte auf eigenes Nachdenken begeben hat. Als markiges Hindenburg- oder Ludendorff-Zitat war die Dolchstoßlegende unwiderleglich, denn was nicht begründet wird, kann auch nicht widerlegt werden.

Nun aber kommt der Unglücksmensch Coßmann auf den Gedanken, die Beweise für die Dolchstoßlegende zu sammeln. Und da ergeht es ihm genau wie dem übereifrigen Generalstabschef im Falle der 10 000 Heubündel: Er hat zwei dickleibige Nummern seiner Monatshefte mit „Beweismaterial“ vollgeladen, nur findet sich unter all seinen wirklichen und angeblichen, echten und falschen Dokumenten nicht ein einziges, das einen Beweis zur Dolchstoßlegende liefert.

Wenn es wahr ist, daß ein Narr mehr fragt, als zehn Weise beantworten können, so trifft in noch höherem Maße zu, daß sich auf zehn Seiten mehr zusammenschwindeln, denn auf 100 Seiten widerlegen läßt. Allein um Herrn Cobmann nur die ganz handgreiflichen Unwahrheiten und Fälschungen seines „Materials“ nachzuweisen, brauchte man ein Heft von dem dreifachen Umfang der „Süddeutschen Monatshefte“. Hat es aber überhaupt Zweck, sich mit einem Zitierkünstler zu unterhalten, der z. B. „aus einer ihm leider nicht vorliegenden Nummer“ der „Leipziger Volkszeitung“ zitiert oder der zahlreiche Kapitel mit der mysteriösen Ueberschrift „Nach unveröffentlichten Akten“ versieht, ohne im geringsten zu sagen, was das für Akten sind, und wieviel von seiner rein erzählenden Darstellung aktenmäßig festliegt? Hat es weiter Zweck, sich mit einem Autor auseinanderzusetzen, der kritiklos die verdächtigsten Quellen benutzt und beispielsweise irgendeinen völlig obskuren Autor gläubig nachplappert, daß Karl Kautsky sich selber als einen „tschechischen Nationalisten“ (!) bezeichnet habe?! Mit einem Autor, dem jedes gedruckte Wort, sobald es in seinen Kram paßt, unumstößliche Wahrheit ist, selbst wenn für das bescheidenste Denken feststeht, daß es tendenziöse Unwahrheit enthält?! Mit einem Autor, der einfach alles ignoriert, was bereits zur Widerlegung seiner Quellen publiziert worden ist?!

Ich greife aus dem Wust ein paar beliebige (und unendlich vermehrbare) Beispiele heraus, um die Methode der ganzen Beweisführung zu kennzeichnen: Durch die Zeitschrift des Grafen Reventlow wurde vor mehreren Jahren als angeblicher Beweis des Dolchstoßes ein Brief veröffentlicht, wonach im Sommer 1918 fliehende Truppen dem vorgehenden Ersatz das Wort „Streikbrecher“ zugerufen hätten. Nun würde zunächst diese Tatsache gar nichts beweisen, außer der unbestrittenen Kampfmüdigkeit und Verdrossenheit, die im Sommer 1918 bei zahlreichen Truppenteilen herrschte. In dem Ausdruck „Streikbrecher“ den Beweis einer vorangegangenen planmäßigen Unterwühlung zu sehen, ist Kinderei. Das Wort „Streikbrecher“ ist weitesten Arbeiterkreisen geläufig, und alles spricht dafür, daß der Ruf ganz spontan bei der fliehenden Truppe entstanden ist. Ferner muß man sich fragen, wieviel denn in einer solchen Situation (im Schlachtgetümmel!) der einzelne sehen und beobachten kann. Wahrscheinlich genügt schon der in der Nähe ertönende Ruf aus zwei oder drei Kehlen, um dem, der ihn gerade hört, zu der Suggestion zu verhelfen, daß der ganze fliehende Truppenteil rufe. Nun aber das Schönste: Es ist für diesen Ruf gar kein Ohrenzeuge da! Der Briefschreiber hat die Szene selber gar nicht erlebt, sondern sie ist ihm von einem alten Geheimrat, der sie seinerseits von seinem (angeblich krank im Lazarett liegenden) Sohn gehört haben will. Ich habe damals sofort im „Vorwärts“ darauf hingewiesen, wie wertlos solche aus dem Hörensagen entstandene Mythologie (auf Soldatendeutsch: Latrinen- oder Kantinengewäsch) für ernsthafte Geschichtsforschung ist. Wie recht ich damit hatte, erhellt aus der Tatsache, daß der angebliche Ohrenzeuge, der Geheimratssohn, sich bis heutigen Tages noch nicht zu der Sache gemeldet hat, obgleich er doch kaum auch jetzt noch, nach vier Jahren, im Lazarett liegt. Trotzdem ist der „Streikbrecherruf“ als eisernes Inventarstück in die deutschnationale Dolchstoßbrüstungskammer übergegangen, und Herr Cobmann verwertet diesen „vollgültigen“ Beweis, ohne sich im mindesten daran zu stoßen, daß trotz meiner dringenden öffentlichen Aufforderung an den Grafen Reventlow der angebliche Gewährsmann und Ohrenzeuge bis heute nicht namhaft gemacht ist.

Oder ein anderer „Beweis“: Nach der „Kreuzzeitung“ soll ein sozialdemokratischer Gewerkschaftssekretär Gampich in einer Versammlung im entlegenen Städtchen Steinau gesagt haben: „Ich gebe

zu, daß die Front von hinten erdolcht worden ist.“ Wirklich, selbst wenn ein Herr Gampich dies gesagt hat, was beweist es?! Wer ist Gampich, was hat er für konkrete Kenntnisse über diese Dinge, auf welche Tatsachen gründet gerade er seine Wissenschaft? Erst wenn wir über alles dieses den bescheidensten Anhaltspunkt hätten, könnten wir uns über den Wert des Gampichschen Zeugnisses ein Urteil bilden. Aber hat Gampich überhaupt gesagt, was Herr Cobmann ihm hier in den Mund legen möchte? Wohlweislich wird uns der kurze Satz (ganz abgesehen von der Unzuverlässigkeit der Quelle — eines gegnerischen Zeitungsberichts) ohne jeden Zusammenhang serviert. Nun, ich will Herrn Cobmann verraten, daß auch ich oft diesen Satz in Versammlungen gesprochen habe: „Ich gebe zu, daß die Front von hinten erdolcht worden ist ...“, nämlich, um dann etwa fortzufahren: „sie ist erdolcht worden von den Agrariern, den Schiebern, den Etappenhengsten usw. usw.“ Ich führe das an trotz der offensichtlichen Gefahr, hier den Anhaltspunkt zu einer neuen deutschnationalen Fälschung zu bieten, weil ich als sehr möglich und wahrscheinlich annehme, daß Gampich — falls überhaupt — etwas ganz Aehnliches gesagt hat, was hinterher umgefälscht worden ist.

Natürlich müssen auch die berüchtigten Vaterschen Renommistereien wieder erhalten. Auch hier habe ich längst den öffentlichen Nachweis erbracht, daß Vater mit seiner Behauptung, er und seine Leute hätten Deserteure mit gefälschten Pässen an die Front geschickt, um die Truppe zu zerwühlen, ganz offensichtlich geschwindelt hat, um sich (unmittelbar nach dem 9. November) mit revolutionären Verdiensten zu schmücken. Gerade Herr Cobmann müßte dies einsehen. Denn in seiner Einleitung sucht er selbst einen Entschuldigungsgrund für die Spärlichkeit seines Materials. Er meint dort: Würde durch die Revolution ein Weltfrieden der allgemeinen Abrüstung und sozialen Gerechtigkeit erzielt worden sein,

so würden die Führer jeden Tag erzählen, mit welchen Mitteln sie diese Ziele erreicht hätten, wie sie von Anfang an auf Sabotierung des Sieges, auf Streik des Heeres, der Flotte und der Waffenschmiede hingearbeitet haben.

Nun, und es würden zweifellos eitle Renommisten, wie sie nach der Revolution haufenweise an die Oberfläche kamen, zur Erhöhung ihres Ansehens solche Taten erdichtet haben, wie das Herr Vater (ein ganz unbedeutender Mensch, dem jetzt die deutschnationalen Dolchstoßlegendisten durch allerhand Titel Relief zu geben suchen) am 12. November in Magdeburg getan hat. Dabei läßt sich gerade im Falle Vater der strikte Beweis der Schwindelei führen. Vater behauptete nämlich (auch nach Cobmann), daß diese Arbeit sehr gefährlich gewesen sei und daß viele seiner Helfershelfer ihre Tätigkeit mit langen Zuchthausstrafen bezahlt hätten. Nun, das müßte sich doch feststellen lassen! Wer sind diese mit Zuchthaus Bestraften, wo sind ihre Akten, wo ihre Richter? Wenn es wirklich Strafakten von Leuten gäbe, die zu Zuchthaus verurteilt worden sind, weil sie Deserteure mit gefälschten Pässen an die Front schickten, um diese aufzuwiegen, — dann würden doch längst statt der kaltlosen Reden des Herrn Vater diese Akten bzw. die Aussagen der Richter im Dolchstoßarchiv sich angefundnen haben. Doch man stelle sich bitte einmal den Nonsens vor: ein Deserteur (als ein Feigling, der vor der Gefahr wegläuft) läßt sich mit gefälschten Pässen an die Front zurückschicken, — also in die dreifach größere Gefahr, außer vom Feinde nun auch noch standrechtlich von der eigenen Truppe erschossen zu werden! Wie vernagelt muß ein Mensch sein, der so etwas — und

nun gar noch in einer großen Reihe von Fällen — für psychologisch möglich hält!

Aus Unzähligen noch eins: was die Methoden Coßmannscher Beweisführung in hellstem Licht erstrahlen läßt. In Akten aus der Eisnerschen Ministerzeit ist nach Behauptung der heutigen bayerischen Regierung eine Zusammenrechnung über Schecks gefunden worden, die einen Gesamtbetrag von 167 Millionen Goldmark ergibt. Niemand weiß, was diese Zusammenrechnung bedeutet, wie sie in die Akten gelangt ist, wer sie geschrieben hat, ob sie mit Eisners Person überhaupt etwas zu tun hat (vielleicht ist sie eine posthume Fälschung!). Herr Coßmann weiß es auch nicht. Dies Nichtwissen stellt sich ihm gleich mit dem Beweis, — — daß Eisner dieses Geld von der Entente erhalten und für die Anzettlung der Revolution in Bayern verwendet habe. Hier erstickt denn doch einmal der Schwindel an seinen eigenen Dimensionen. 167 Goldmillionen sind schließlich kein Pappenstiel, Coßmann selbst zeigt an einigen Vergleichszahlen die Riesengröße des Objekts. 100 000 M. kann man ausgeben, ohne daß jemand etwas davon merkt. Bei einer Million dürfte das schon sehr schwer sein. Aber 167 Millionen, etwa der Wert des gesamten Kruppschen Vermögens?! Man stelle sich einmal vor, daß ein einzelner diese Unsummen bezogen und verausgabt haben soll, ohne daß bis heute ein Mensch auch nur ein Atom davon gemerkt hat! Genau so könnte man behaupten, daß Eisner unbemerkt München habe niederreißen und an einer andern Stelle wieder habe aufbauen lassen. Irgendwo müßten doch die Spuren des goldenen Regens nachweisbar sein. Aber wo man hinblickt, bei Eisner selbst und seiner Umgebung findet man nichts als geflickte Anzüge und chronischen Geldmangel. Aber nach Coßmann könnte das Geld für — — Lokalmieten und Flugblätter draufgegangen sein. Vielleicht hat Eisner auch für 167 Millionen Mark Tinte gekauft?!

So läßt sich jedes einzelne Beweisstück widerlegen, und es würde, wenn Zeit und Raum für genaue Nachprüfung ausreichten, ein absolutes Nichts übrigbleiben. Zünal Herr Coßmann selbst nicht weiß, was er eigentlich beweisen will. Unter „Dolchstoß“ kann man doch nur die absichtliche Herbeiführung der Niederlage durch irgendeine deutsche Partei oder Gruppe verstehen. Alles andere fällt nicht unter den Begriff. Herr Coßmann aber setzt uns, da es für dieses Beweisthema eben keine Beweise gibt, lange Kapitel über die englische und französische Propaganda vor. Das heißt dann doch ungläubliche Anforderungen an die Naivität des Lesers stellen. Zumal, wenn Herr Coßmann gleich auf der ersten Seite seiner Vorrede die kühne Behauptung aufstellt:

„Während die deutsche Regierung es niemals gewagt hat, über die feindlichen Regierungen hinweg sich an die feindlichen Völker zu wenden, haben die feindlichen Regierungen sich fortgesetzt an das deutsche Volk gewendet ...“

„Während die deutsche Regierung es niemals gewagt hat ...“, das schreibt Herr Coßmann, der in einem späteren Kapitel in aller Behaglichkeit schildert, wie die deutsche Regierung den Iren ein ganzes Schiff von Waffen und Munition zu senden suchte. (Notabene, um aus der Tatsache, daß dieses Schiff — schon im irischen Hafen — von den Engländern entdeckt wurde, einen neuen „Beweis“ für den Dolchstoß zu gewinnen, obwohl sein Gewährsmann zugibt, daß man auf deutscher Seite ziemlich unvorsichtig in der Sache verfahren sei!)

Aber Logik ist überhaupt die schwächste Seite dieser Beweisführung, die sich ja nur durch fortwährende Verschiebung des Beweisthemas halten kann.

Doch gerade darin liegt ein starker negativer Beweis: wenn es trotz Ameisen- und Bienenfleißes Herrn Coßmann nicht gelungen ist, auch nur einen einzigen schlüssigen Beweis dafür zu finden, daß irgendeine deutsche politische Partei die Niederlage Deutschlands im Weltkrieg gewollt, auf sie hingearbeitet oder absichtlich herbeigeführt hat, — dann ist dies das stärkste Argument dafür, daß es weder einen solchen Beweis, noch die zu beweisende Tatsache des Dolchstoßes gibt.

## Der weißblaue Feldzug gegen die deutsche Republik

Von Paul Kampffmeyer

(Schluß)

Die Hitleraner hatten ihre eifrigsten Verteidiger bei der Polizei und beim Gericht. Die Polizei war von Pöhner planmäßig mit Rebellen der Ehrhardt-Brigade durchsetzt worden, und in der Justiz gewannen deutschvölkische Heißsporne wachsenden Einfluß. Bezeichnenderweise waren zwei Beamten des „Obersten Gerichts“ aktiv am Hitler-Ludendorff-Putsch beteiligt!

Die bayerische Regierung enthielt sich auch unter dem Ministerium Lerchenfeld jedes Eingriffs in das gemeingefährliche Treiben der hochverräterischen Geheimverbände. Am 19. Oktober 1921 hatte bereits die „Münchener Post“ die Fäden der Geheimorganisation Oberland aufgedeckt. Die „Mordkommission“ dieser Geheimorganisation fungierte in Oberschlesien unter der Bezeichnung des „Wurfkommandos“ und in München unter der des „Rollkommandos“. Die „Münchener Post“ zog die Ermordung des Freiwilligen Stefan und die förmliche Hinrichtung „Verurteilter“ durch die „Nachrichtenzentrale“ Oberland an das Tageslicht. Sie stellte den Verbindungsmann zwischen „Oberland“ und der Münchener Polizeidirektion namentlich fest. Abermals blieben Polizei und Gericht untätig. Gefährlichsten Geheimverbändlern des „Oberland“ wurde kein Härchen gekrümmt. Die öffentlich Angeschuldigten wagten nicht, die „Münchener Post“ zu verklagen. Die Skandale der Organisation „Oberland“ häuften sich. Oberländer überfielen ein Fremdenautomobil der Firma Schenker, Oberländer wurden öffentlich beschuldigt, den Befehl zur Ermordung des Kapitäns Ehrhardt gegeben zu haben, Oberländer unterstützten die Münchener „Neue Zeitung“ der kommunistischen Richtung mit erheblichen Summen.

Angesichts aller dieser Schwindelblüten des geheimbündlerischen Korruptionssumpfes hätten sich doch nun endlich die bayerischen Regierungsbehörden entschließen müssen, den politischen Boden Bayerns gründlich zu reinigen. Sie ließen abermals die Hände im Schoße ruhen, obwohl Hitler sich offen zu der hochverräterischen Taktik Mussolinis bekannte, den Sturz des Parlamentarismus und die Aufrichtung der Diktatur betrieb. Ende Januar 1923 stand die bayerische Regierung vor einem neuen Hitler-Putsch. Von einer großen allgemeinen nationalsozialistischen Parteitagkundgebung fürchtete damals die bayerische Regierung das Schlimmste. Sie verbot deshalb am 26. Januar 1923 den Organisatoren dieses Parteitags alle Veranstaltungen und Festlichkeiten unter freiem Himmel. An diesem Tage herrschte eine direkt zweifelte Stimmung in den Regierungskreisen. Diese Stimmung ist sehr anschaulich von einem Städtevertreter in der „Fränkischen Tagespost“ geschildert worden, der sich zu einer Sitzung im Landwirtschaftsministerium in München eingefunden hatte. Er berichtete nämlich:

„Zirka 60 Personen waren nachmittags im Sitzungssaal des Landwirtschafts-Ministeriums versammelt, als der Vertreter des Ministers, Herr Ministerialrat Hänlein, die Sitzung eröffnete mit ungefähr folgenden Worten:

Der Herr Minister ist verhindert, an der heutigen Sitzung teilzunehmen. Er ist seit frühester Morgenstunde im Ministerrat. Wir durchleben zurzeit schwere, sorgenvolle Stunden; es ziehen sich schwere Gewitterwolken über uns zusammen, die sich jeden Moment entladen können. Die Regierung weiß nicht, ob sie in den nächsten Stunden noch die Macht in Händen hat. Sie werden begreifen, daß bei der Sachlage über eine Milchpreiserhöhung nicht verhandelt werden kann. Die Regierungsvertreter ziehen sich deshalb von den Beratungen zurück. Der Abgeordnete Eichner, der über die Lage unterrichtet ist, wird vielleicht hierüber Bericht erstatten.“

Hierauf haben sich die Regierungs- und Städtevertreter zurückgezogen. Die Teilnehmer hatten zuerst den Eindruck, daß die angedeutete Gefahr mit der Ruhrbesetzung der Franzosen zusammenhänge. Erst durch den Abgeordneten Eichner wurde berichtet, daß ein ernstlicher Umsturz von seiten der Nationalsozialisten drohe. Man hat dann über die Maßnahmen gesprochen, die ergriffen werden sollen, falls der Zugverkehr schon in den nächsten Stunden eingeschränkt werde. Die Landwirte haben sich nach Bekanntwerden der geplanten Umwälzung schleunigst zum Bahnhof begeben und sind heimgefahren. Die Städtevertreter unterhandelten in der Vorhalle mit den Vertretern des Ministeriums des Innern, der Landespreis- und Landeswucherabwehrstelle. Auch diese Herren waren alle der Meinung, daß schon nach wenigen Stunden Hitler die Macht an sich gerissen haben wird, und daß die Auflösung des Landtags und die Beseitigung der jetzigen Regierung unmittelbar bevorstehe. Es wurde auch schon davon gesprochen, daß Herr v. Kahr zum Staatspräsidenten und Hitler zum Ernährungsdictator ausersehen sei.

Ich selbst hatte nach den Erklärungen der Regierungsvertreter den Eindruck, daß die Hitlergarde schon im Anmarsch sei. Auf dem Wege zum Bahnhof mußte ich mich wundern, daß das Leben und Treiben genau so ruhig war wie in den Vormittagsstunden und daß keinerlei Anzeichen für einen Aufruhr zu sehen waren. Herr Oberbürgermeister Knorr, der Syndikus des Städtebundes, erklärte mir, daß er heute vormittag mit Herrn Geheimrat Held verhandelt habe, und dieser sei sehr pessimistisch gewesen. Er habe auch die Ansicht vertreten, daß diesmal der Umsturz unvermeidlich sei.“

Die Hitlerianer rebellierten direkt gegen das Verbot, ihre Festlichkeiten unter freiem Himmel abhalten zu dürfen. Das Staatsministerium stellte Ende Januar 1923 fest: Die Nationalsozialisten „lehnten aber diese Anordnungen ab und drohten, daß der staatlichen Gewalt Gewalt entgegengesetzt werde. Damit hat die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei den gesetzmäßigen Boden verlassen und der verfassungsmäßigen Regierung den Kampf angesagt.“

Ueber den Kopf der bayerischen Regierung hinweg aber unterhandelte der Münchener Polizeipräsident Nortz mit den rebellischen Häuptlingen der Nationalsozialisten, trug ihren Wünschen Rechnung und erlaubte die bereits verbotenen Demonstrationen in München. Mit Herrn Nortz im Bunde hatten, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schrieben, „die bewährten und verehrten Führer“ der nationalen Bewegung den „Ausgleich in die Hand genommen“ und „die aufs äußerste zugespitzte Situation“ gerettet. Diese „bewährten und verehrten Führer“ sind in erster Linie die Förderer der faschistischen Bewegung in München, die Herren v. Kahr und Roth, gewesen.

Die Nationalsozialisten kehrten sich aber selbst nicht an die Abmachungen mit dem Polizeipräsidenten Nortz, sie veranstalteten ihre Fahnenweihe unter freiem Himmel auf dem Marchfelde. Am Tage nach dieser Fahnenweihe buchte die „Münchener Post“ als sehr ernstes politisches Ereignis die vollkommene Niederlage der bayerischen Regierung, die mit Hitler Handelsgeschäfte abgeschlossen hatte.

Am 1. Februar 1923 mußte der Ministerpräsident v. Knilling wohl oder übel die Rolle des öffentlichen Anklägers gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung übernehmen. Ihre „Forderungen der Diktatur“ und „der Beseitigung des Parlamentarismus hätten die Gemüter aufgepeitscht“. Er verurteilte scharf „ihre Greuelthaten und Hausfriedensbrüche“. Die Bewegung sei in „ein für die öffentliche Ordnung außerordentlich bedenkliches Fahrwasser“ getreten.

Was hat Herr v. Knilling getan, um diese rebellische Bewegung unschädlich zu machen? Nichts! Er unterdrückte nicht einen nationalsozialistischen Geheimbund — auch nicht nach dem Fuchs-Machhaus-Prozeß!

Als die ersten Tatsachen über den Landesverrat der Machhaus, Fuchs und Kühles bekannt wurden, da suchten offiziöse bayerische Berichte diese bestimmten Regierungskreisen sehr peinliche Affäre als die aufgebauschte Erfindung einiger abenteuerlichen und sensationslüsternen Phantasten hinzustellen. Die öffentliche Meinung jedoch beruhigte sich nicht, die drang auf die öffentliche Behandlung dieses tückischen Verrats deutscher Reichsinteressen. Nun fiel helles Tageslicht auf das dunkle Treiben der Geheimverbände, die sich mit französischen Geldern vollzogen hatten, nun wurden geplante Mordanschläge auf politische Persönlichkeiten enthüllt, nun wurde ein nationalsozialistischer Vertrauensmann und früherer Redakteur des „Deutschvölkischen Beobachters“, der vielgewandte Machhaus, als französischer Söldling entlarvt.

Herr v. Knilling kennt die Gewaltcharakter der Hitler-Banden sehr gut: die Anschläge auf Magnus Hirschfeld, Auer und Saenger. Er weiß auch, daß der Schleier zum Teil gelüftet ist, der die Ermordung des Abgeordneten Gareis umhüllt. Welche brutalen nationalsozialistischen Ausschreitungen trugen sich allein vom September 1922 bis September 1923 in Bayern zu! Ich habe sie einmal kurz im „Vorwärts“ verzeichnet: Im September 1922 begehen die Nationalsozialisten allein vier grobe Ausschreitungen in München. Im Dezember 1922 sind zehn schwere Ueberfälle der Nationalsozialisten in München zu buchen. Im Januar 1923 ereignen sich vier blutige Ausschreitungen der Nationalsozialisten. Sie erstürmen z. B. am 24. Januar das Hotel Grünwald in München. Am 12. März 1923 eröffneten nationalsozialistische Sturmtrupps ein lebhaftes Feuer auf das Ingolstädter Gewerkschaftshaus.

Am 23. März 1923 fallen nationalsozialistische Sturmtrupps über die sozialdemokratische Arbeiterjugend her. Am 25. April 1923 entwickelte sich in München-Neuhausen eine förmliche nationalsozialistische Straßenschlacht gegen die unbewaffnete sozialdemokratische Arbeiterjugend. Sie wiederholt sich am 27. April 1923 in München-Schwabing. An diesem Tage wird die bürgerlich-demokratische Frau Dr. Rosa Kempf angepöbelt. Am 23. April 1923 wird der Eisenbahner Hammerschmied in Mittelfeld durch Nationalsozialisten erschossen. Am 29. April 1923 wird von diesen der Maschinist Merkl in Schwandorf ermordet. Am 1. Mai 1923 ziehen die Nationalsozialisten bewaffnet in München auf und zahlreiche Arbeiter werden mißhandelt. Am 3. Mai 1923 erfolgt ein Feuerüberfall auf die sozialdemokratische Arbeiterjugend Südost-München. Am 21. Juni 1923 schlagen Nationalsozialisten auf den Kommerzienrat Fränkel brutal ein. Im Juli 1923 sind drei schwere Mißhandlungen der Nationalsozialisten in München zu verzeichnen. Am 29. Juli 1923 erstürmen nationalsozialistische Hakenkreuzler das Gewerkschaftshaus in

Rosenheim. Bei den nationalsozialistischen Ueberfällen in Nürnberg am 1. und 2. September wird ein Arbeiter ermordet. Fünf schwere nationalsozialistische Gewalttaten sind überdies noch im September zu buchen. Großes Aufsehen erregte im Sommer 1923 die Ermordung des Studenten Bauer, der vorübergehend eine Vertrauensstellung in den bayerischen Geheimbünden einnahm.

Gegen die sozialdemokratische „Münchener Post“ sind allein vier Anschläge ausgeführt worden.

Und einen Teil dieser brutalen Anschläge muß man direkt auf das Kernholz des Hauptangeklagten des Münchener Hochverratsprozesses, Adolf Hitler, stellen. Dieser hat unablässig die schlechtesten Instinkte der Masse gegen die sogenannten Novemberverbrecher aufgepeitscht, er ordnete in Ansprachen an seine „Stoßtrupps“ die förmliche Aufstellung von Proskriptionslisten an. Sein Münchener Organ schrieb triumphierend von der Vernichtung der „Giftküche“, als seine fanatisierten Anhänger in den Räumen der „Münchener Post“ wie Vandalen in der Nacht vom 8. zum 9. November 1923 gehaust hatten. Die blutigen Ausschreitungen, die barbarischen Sachbeschädigungen der treuen Jünger Adolf Hitlers sahen die Männer der Münchener Areopags nicht, die in diesem engschädlichen Herostraten einen deutschen Nationalheros förmlich verehrten und denen auch die Fäden, nein, die ziemlich dicken Taue entgingen, die Hitler mit den Verschwörern des weißen Ungarn verknüpften.

Die bayerischen Regierungen haben teils bewußt die hochverräterischen Umtriebe Hitlers gegen die deutsche Republik gefördert, teils diese stillschweigend geduldet. Vor dem Gericht der Weltgeschichte werden sie als Mitschuldige Hitlers verurteilt werden. Der schwerste Schuldspruch wird aber die Regierung Knilling treffen, die, obwohl sie die politischen Verbrechen Kahrs genau kannte, diesen doch zum Generalstaatskommissar erhob und damit erst den Verfassungsbruch des „Stathalters der Monarchie“, die Meuterei Lossows und den ungehinderten Fortgang der Vorbereitungen für den Marsch auf Berlin möglich machte, fast bis zu dem Augenblick, da das Kommando: Vorwärts marsch! erteilt werden sollte.

## Reisebrief an Berlin

Von Bruno Schönlink

Ueber zwei Wochen schon, daß ich dich verlassen. Der letzte Klang: Sonne, Wind, zaggrünende Sträucher, Aschingerwürstchen. Berlin, ich habe dich lieb; das merke ich erst recht aus der Entfernung. Deine Schnoddrigkeit, dein oft kleinbürgerliches Gehaben, deinen heftigen Herzschlag, den starken Rhythmus deiner Arbeit, die sanfte Wehmut deiner Kiefernwaldungen und Seen. Und je weiter ich mich entferne, um so mehr liebe ich dich; drum entferne ich mich immer weiter, um dich noch mehr zu lieben. Und du wirst mir nicht böse sein, daß ich da und dort Vergleiche ziehe. Du lieber Himmel, ich bin nun einmal polygam.

Also laß dir berichten. Deine kleine Schwester Erfurt habe ich besucht. Der Dom steht noch und die grüntürmige Severi, und beide beherrschen noch immer das Stadtbild. „Die Straßenbahn wird gleich andonnern“, vertröstet einen die Schaffnerin und lacht aus vollem Halse, daß sie nicht vom Fleck kommt. „Sie wollen wohl zum Zuge? Na, da tun Sie besser, wenn Sie laufen.“ Und lacht wieder. Dafür wird vorn gekurbelt, ein Ruck, und der Schaukelkasten rennt bis zum Rathaus mit

einem alten Weib um die Wette. Beinahe wäre er Sieger geworden, doch da kam eine Weiche ... Nun mußte er wieder andonnern. Also ich laufe davon, die Schaffnerin strahlt wie ein Vollmond: Warten Sie doch, es geht gleich weiter! Ich bin längst am Anger, da kommt der Wagen in einem besseren Tempo an. Doch ich verzichte auf die Weiterfahrt, denn ich glaube mich nach Hitlerien versetzt. Hakenkreuzler, mit Sturmjacken und den entsprechenden Mützen, beherrschen das Straßensbild. Kein Lokus, keine Mauerwand, nichts blieb verschont; diese Garde trägt ihre Symbole überall hin. Was ist aus dem roten Erfurt geworden! Die Jugend ist le dernier cri. Paraden. Befehlsausgabe. Bleichgesichter mit Schülmützen und judenmordendem Blick und synagogensterewerfenden Händen. Hier werden deine Helden gezüchtet. Angestellte, junge Arbeiter, die sich durch Aktivität und militärische Spielerei einfangen lassen.

Und heute noch fahre ich nach München. Wenn das schon in Erfurt geschieht, was soll in München werden? Gebratene Juden auf dem Odeonsplatz, das ist noch das zarteste Bild, was mir vorschwebt.

Leb wohl, Erfurt, bessere dich und fege bald deine größenwahnsinnigen Jünglinge hinaus.

München, du bist besser als dein Ruf. Im Grunde beunruhigt dich all das, was geschieht, gar nicht mehr so. Deine Seele lebt von Bier, Weißwürsten und einem gut bayerischen Katholizismus. Und alle deine Aufregungen sind im Grunde ein wenig gemacht, und es dauert nur ein wenig lange, bis du mit einer Gemütsstimmung fertig bist. Eigentlich bist du schon bei einer anderen, du hast es nur noch nicht ganz weg. Das hat man beim Ausrufen deiner Haltestellen begriffen und sagt sie dir immer eine Station vorher. Nur sind deine Schaustücke zu blutig, und was du als Fetz und Operette ansiehst, ist nur zu oft eine Tragikomödie. Doch deine Hakenkreuzbegeisterung scheint sich gegeben zu haben. Die Jünglinge haben wohl das heilige Dinterland aufgesucht, das neue Paradies. Darum wohl auch diese Ueberschwemmung in Erfurt, das mir im Vergleich zu dir sich viel hakenkreuzlerischer gebärdete. Oder ist es der Reiz der Neuheit. Die politischen Kinder haben ein neues Spielzeug.

Ich liebe deine Via triumphalis, deine Frauenkirche, deinen Englischen Park und den Odeonsplatz. Die Heiligegeistvögel, die Tauben, lassen sich dort so schön füttern, gegen mich aber hatten sie ein Mißtrauen. Unruhig flatterten sie hin und her, zum Schluß aber ließen sie sich so weit herab, daß sie herabflogen und meine Krümlein verspeisten. (In Klammern, den Tag zuvor hatte ich zwei solcher Vöglein verzehrt, vielleicht gibt das den Spiritisten etwas zum Nachdenken.) Als aber Hermann Bahr wie ein langbärtiges Urwaldgespenst vorbeiradelte, flogen sie flatternd davon. Seine Hakenkreuzartikel im jüdischen „Neuen Wiener Journal“, die kann selbst der heilige Geist nicht vertragen.

München, du bist der Gott Bauch, wer in dir speist, der muß sich schier volltränken, und dein schönstes Barock läßt dich deinen echten Dorfappetit nicht vergessen. Dein Menschenschlag ist dunkel und braunäugig, vergeblich suchte ich nach einem blonden, blauäugigen Germanen. Natürlich sind auch daran die Juden schuld, wie an allem, für das diese aparten Sündenböcke in die Wüste oder per Meuchelmord in das himmlische Paradies gesandt werden müssen.

Immerhin, es sitzt sich schön in deinem Bierkeller, und die Resis und die Kathis halten ein gut Regiment. Ja, ich gebe zu, als im Malteserkeller geschrammelt wurde, und das Frühlingsbier mich dumpf beseligte und der dicke Rauch von der Sonne vergoldet wurde, es war mir so blödsinnig wohl zumute, daß ich mit Behagen der großen Politik folgte, die verzapft wurde. Also der Kahr, daß der sich überhaupt noch getraut. Mit dem Hitler, wer weiß es, und überhaupts ... Es ist alles

Schwindel, gelt, Herr Nachbar? Und die Rentenmark... Nach drei Maß hätte ich die Frauenkirche umarmen können.

Wien. In einer so nahrhaften Stadt wie München mußte Kalbshaxe und Bier, hier aber Kaffee mit Schlagobers und Heurigem Trumppf werden. Dort Bierkeller, hier Nachtcafés. Und alle Unduldsamkeit der katholischen Kirche, die sie wohl aus der spanischen Weltherrschaft übernahm, konnte nicht verhindern, daß die Sozialdemokraten das Rathaus mit fast Zweidrittelmehrheit regieren. Das Barock dieser Stadt ist bezaubernd, die Gotik des Stephansdomes ist von einer überwältigenden Transzendenz. In keinem Dome noch sah ich ein solches Dämmerdunkel, das in überirdischer Schönheit aufleuchtet, wenn die Sonne durch die bemalten Glasfenster bricht.

Das sterbende Wien, wie es sich vor Jahren noch selbst mit einer etwas koketten Wehmut nannte, lebt und arbeitet und baut. Und was sich die Berliner verscherzten, daß sie sich keine tatkräftige sozialistische Gemeindevertretung wählten, — hier können sie es lernen. Neue Häuser werden gebaut, eine großzügige Wohnungspolitik getrieben, die dem Wiener Wohnungselend energisch zu Leibe geht. Alte Badeanstalten werden erneuert und erweitert, und eine riesige Badeanstalt, die größte in Europa, in dem Arbeiterviertel Favoriten errichtet.

Die Schlösser dienen der Allgemeinheit. So gehört ein gut Teil des Schlosses Schönbrunn den proletarischen Kinderfreunden, die dort im Internat die Kinder arbeitstätiger Ehepaare unterbringen und im sozialistischen Geiste erziehen.

Der stärkste Eindruck aber, den Wien auf mich machte, war sein erster Mai. Diese Stadt gehört dem arbeitenden Volk, das war das Gefühl, was diese Massen erweckten. Auf der Rathausloggia. Massen und immer neue Massen in selbstgewollter Ordnung strömen heran. Musik schmettert. Rote Fahnen wehen. Blaue und grüne Uniformen der Arbeiterordner, weiße Turnerkleider. Radfahrer. Ein Meer von Licht über den schier unübersehbar heranströmenden dunklen Massen. Diese Arbeiterordner wissen auch im Ernstfall ihre Errungenschaft blutig zu verteidigen, das fühlt man ebenso wie die Einigkeit und Zukunftsfreude dieser Massen. Fanfaren. Der erste Mai wird eingblasen. Wie ein Mann entblößt die Masse ihr Haupt, ebenso bei dem Lied der Arbeit. Diese Arbeiterschaft, aufgewachsen auf dem symbolreichen Boden des Katholizismus, schafft sich selbst ihre Symbole und Heiligungen, die ihren schweren Weg zur Zukunft verschönern und erleichtern.

Nie war mir der Parteizwist der reichsdeutschen Arbeiter so bitter zum Bewußtsein gekommen, als an diesem Tage; denn wo könnte die deutsche Arbeiterklasse stehen, wenn sie ihre Kräfte nicht selber aufheben würde?

Die Wiener Arbeiterschaft fühlt Freude und Machtbewußtheit, sie vertraut auf ihre Kraft und ihre Führer, wie ihre Führer auf sie. Was bei uns lähmt und verbittert, das gegenseitige Mißtrauen und Nichtachtung: hier ist kaum ein Bruchteil davon zu finden.

Kein Wunder, daß der Lebensfreude mehr Raum gegeben ist und daß bei diesem Fest das Lied der schönen blauen Donau wie das der Arbeit sich freudig verschwistern konnten.

Es ist wahr, dein Boden ist karger, Berlin, und dein Himmel weniger südlich. Du bist nicht umrahmt von lichtgrün bewaldeten Hügeln und Bergen. Und doch, welche, wenn auch nicht so beschwingte, Freude könnte auf deinem märkischen Sande aufblühen, wenn deine Arbeiterklasse ihre Kraft und ihren Schwung, ihr todesmutiges Begeisternkönnen sich selber weihen würde!

## Zum 1924sten Male nach Christo: Frühling

Von Josef Maria Frank

Es plustern an dem Weidenstrauch  
die Kätzchen gelb wie Gold sich auf.  
Am Haselbusch die Erlen auch —  
sie tragen Troddeln weit hinauf.  
Die Wiese hat sich bunt gemacht.  
Wie neu der Moospelz wieder lacht  
mit kunterbunten Streifen.  
Es wuchsen ihm als Schleifen  
Schneeglöckchen, Krokus vor.  
Ein Weilchen noch und dann  
blüht blau der Gundermann.  
Und überm Veilchenflor  
in Busch und Strauch und Rohr  
rumtummeln sich und brummeln  
die Hummeln!

Im Moor die Frösche murren.  
Im Waldbach die Forelle springt.  
Die Tauben girren, gurren,  
weil alles um sie singt:  
Fink, Amsel, Drossel, Stare  
und Spechte, Meisenpaare!  
Bald hier, bald dort, bald näher  
foppt sie der Eichelhäher,  
der wunderliche Narr.  
Der scheckig bunte Schwätzer  
und neckig schlaue Petzer  
kreischt feixend sein Gequarr  
und ärgert mit Geschnarr,  
Trompeten und Miauz  
den Kauz!

Warm blitzt die Sonne nieder.  
Die Schwalben zwitschern überm Bach.  
Die Lerchen trillern wieder  
die Schläfer alle wach:  
der Hamster schließt vorsichtig  
heraus und kratzt sich tüchtig  
und grunzt und brummt vor Wonne  
und wälzt sich in die Sonne.  
Der Dachs wärmt seine Schwarte.  
Es tanzt vor Liebe hin  
der Igel um die Igelin...  
Beißt sie auch Terze, Quarte,  
er denkt nur: Wirst schon! Warte!  
Und tu nicht so! Die Fledermaus  
fliegt auch zum erstenmal schon aus  
und sucht und sucht sich einen Mann —  
wie jedermann doch sehen kann!  
Alsdann —!“

## WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

**Bergarbeiterstreik und Wirtschaft** Auf die noch keineswegs konsolidierte deutsche Wirtschaft fällt die Schwere des Bergarbeiterstreiks mit voller Wucht. Mehrere Wochen kann diese folgenschwere Auseinandersetzung nicht dauern, da sonst nicht nur die deutsche Wirtschaft, sondern auch die mühselig stabilisierte Währung dem Zusammenbruch entgegengehen würde. Im letzten Heft dieser Zeitschrift versuchten wir darzulegen, daß die hohen Preise für Brennstoffe einen fühlbaren Preisabbau von unten auf verhindern und ungeheuer lähmend auf die so notwendige Forcierung des Exports einwirken. Es ist verständlich, daß nach Ausbruch des Streiks die Frage der Kohlenpreise namentlich in der Unternehmerpresse eine lebhaftete Erörterung findet. So schreibt der Unternehmersyndikus Dr. Pinkerneil im Berliner Börsen-Courier Nr. 215: „Die Kohlenpreise waren gesenkt, eine weitere Senkung wurde angestrebt. Die Konkurrenz zur englischen Kohle und die Marktlage erzwang ein scharfes Kalkulieren. Die Tendenz, mit den Kohlenpreisen auf den Friedensstand zu kommen, herrschte vor.“ Bezüglich der Wirkung des Bergarbeiterstreiks sagt Pinkerneil: „Soviel darf heute schon festgestellt werden, daß der verursachte Schaden so groß ist, daß längere Zeit an ihm gearbeitet werden muß, d. h., daß das Problem der Kohlenpreissenkung in weiten Fernen ruht.“ Daß du die Nase im Gesicht behältst, würde Fritz Reuter hierauf sagen. Es ist eine vage Behauptung, wenn jetzt seitens der Kohlenindustriellen erklärt wird, daß bereits eine Senkung der Kohlenpreise angestrebt sei. Gerade diese Kreise haben sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Senkung der Kohlenpreise in naher Zukunft ausgesprochen. Immer wieder wurde die unkontrollierbare Behauptung aufgestellt, daß der Kohlenbergbau verlustbringend sei, da die Kohlenpreise kaum die Selbstkosten zu decken vermögen. Eitel Schaumschlägerei ist es, für die nicht erfolgte Kohlenpreissenkung nunmehr die Arbeiter verantwortlich zu machen. Trotz alledem bringt dieser Riesenkampf der deutschen Wirtschaft ungeheure Verluste, der Schaden wird pro Tag auf 10 Millionen Goldmark geschätzt. Politisch wirken sich die Folgen in einer unangenehmen Weise aus: Der bereits totgesagte Separatismus schöpft wieder neuen Mut. Es ist leider so, daß viele Arbeiter in ihrer gewiß nicht unberechtigten Empörung über das Verhalten der Unternehmer geneigt sind, nach den französischen Kommandostellen zu pilgern, um sie zum Eingreifen zu bewegen oder die Uebernahme der Gruben durch die Belegschaft zu gestatten. Dadurch wächst leider der Appetit der Franzosen, noch mehrere Zechen in eigene Regie zu nehmen. Die Ausdehnung der Regiezechen sollte von keinem, mag er stehen wo er wolle, gewünscht werden. Allerhand trübe Quellen fangen im Ruhrgebiet wieder an zu fließen, möge diese Tatsache auch von den Arbeitern nicht übersehen werden. Die Wirkung des Streiks auf andere Industriezweige macht sich bereits in der Eisen- und Stahlindustrie des Industriegebiets bemerkbar. Es mangelt vor allem an Koks. Da ein Hochofen pro Tag mit ungefähr 12 000 Tonnen Koks beschickt werden muß, wird einer nach dem andern gedämpft oder stillgelegt. Wer den Hochofenbetrieb kennt, weiß, was dies bedeutet und welche Kosten notwendig sind, um ihn wieder in Gang zu setzen. Die Eisen- und Stahlindustrie ist so eng mit dem Bergbau verbunden — werden doch vielfach die in der Hüttenindustrie benötigten Kohlen mit der Seilbahn direkt von der daneben liegenden Zeche bezogen —, daß diese bereits bei Drucklegung dieser Zeilen ebenfalls zum großen Teil stillliegen wird. Die Wirkung auf die übrige Industrie wird nicht lange auf sich warten lassen. Vom Standpunkt der Wirtschaft ist der Bergarbeiterkampf ein großes

Unglück. Und die Verantwortung für den Ausbruch desselben wiegt deshalb doppelt schwer. Mögen vor allem die Bergarbeiter sich dieser Verantwortung bewußt bleiben und sich nicht von der Gegenseite oder von den Kommunisten in eine Situation hinein manövrieren lassen, die für die Arbeiter sowohl, als auch für deren Organisation zum schweren Schaden ausschlagen kann.

**Vom Schlachtfelde der Frankenspekulation** Eitel Jubel herrscht in Trojas Hallen — der französische Frank ist erneut um einige Punkte gefallen! In den letzten Tagen der vergangenen Woche notierte das Pfund 74 Frs. gegenüber dem höchsten Stande nach der Deroute von 66 Frs. Kein Wunder, daß die schwerverwundeten Frankenspekulanten wieder neuen Mut schöpfen. Harren doch die Verpflichtungen für Ultimo Mai größtenteils noch der Glatzstellung. Bei dem Umfange der Mai-verpflichtungen spielen selbst 8 bis 10 Punkte eine große Rolle. Es ist nicht nur ein sträflicher Leichtsin, sondern die für viele Deutsche so charakteristische Unwissenheit in volkswirtschaftlichen Dingen, wenn bekannt wird, daß bereits nach dieser geringen Senkung des Frank die im Gange befindlichen Liquidationen der Ultimoverpflichtungen gestoppt werden sollen. Was an dieser Stelle immer wieder betont wurde, kann nicht dringend genug wiederholt werden: Die französische Regierung und deren Kreditgeber auf dem Devisenmarkt, Morgan und die englische Lazard-Gruppe haben den Frank so fest im Zügel, daß eine wesentliche Senkung ausgeschlossen erscheint. Der Tribut, den die deutsche Spekulation zu leisten hatte, wird auf 450 Millionen Goldmark geschätzt. Diese für unser armes Land riesige Summe, wurde den reichen Amerikanern in den Hals geworfen. Die Erholung des Franken hat der französischen Regierung nicht nur nichts gekostet, sondern sie machte dabei noch ein Geschäft. Die Kosten der Frankstützung mußten, so absurd dies auch klingt, von der Spekulation getragen werden. Man hat nun auch bei uns, ähnlich wie in Wien, Stützungsaktionen der verschiedensten Art, von der stillen Beihilfe bis zum offiziellen Börsenclearing in die Wege geleitet und es steht zu hoffen, daß die Spekulation, wenn auch mit zerschundenen Knochen, über die Situation hinwegkommt. Allerdings den Reinigungsprozeß der deutschen Wirtschaft, der durch die Frankenverluste nur früher und wesentlich heftiger in Erscheinung trat, wird niemand aufhalten. Diese Absicht scheint bei den Stützungsanstalten auch gar nicht zu bestehen. Auch bei uns vollzieht sich der zähe Kampf des alten gegen den neuen Reichtum. Die alten Unternehmungen des Handels und des Bankwesens sehen es nicht ungern, ja sie helfen mit dabei, wenn ihren jungen Rivalen die Kehle zugeschnürt wird. Es vollzieht sich eine Art natürlicher Zuchtwahl, nur ist man im Zweifel, ob hier, wie in der Kultur, der Tüchtigste am Leben bleibt. Ueber diesen zweifellos interessanten Kampf wird noch manches zu sagen sein.

**Geldkrisen bei den Großen** Auch an die Tore der Größten unserer Wirtschaft klopft die Geld- und Kapitalnot. In diesen Tagen war die Rede von Geldschwierigkeiten im Becker-Konzern und bei den Kupferbergwerken Mansfeld A.-G. Beides sind Unternehmungen, die in der deutschen Wirtschaft einen guten Klang haben. Wie andere Konzerne, hatte sich auch der Becker-Konzern eine eigene Bank zugelegt. Diese, die Industrielle Bankgesellschaft m. b. H. in Düsseldorf, schien der Situation nicht gewachsen zu sein. So mußte sich der Becker-Konzern nach einer stärkeren Hilfe umsehen. Diese fand sich in dem angesehenen Privatbankhaus Lazard, Speyer-Ellissen & Co. in Frankfurt, die damit Einfluß bei Becker gewann. Bekanntlich ist bei Becker in starkem Maße schweizerisches Kapital beteiligt, und muß man

sich eigentlich wundern, daß Becker eine zweite fesselnde Bankverbindung eingehen mußte. Das Schweizer Kapital scheint doch mit der Kreditgewährung an Deutschlands Industrie vorsichtiger geworden zu sein.

Ziemlich viel Aufhebens wurde von den Schwierigkeiten der Mansfeld A.-G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb gemacht. Mansfeld ist bekanntlich der einzige Kupferproduzent in Deutschland. Von den industriellen Gesellschaften verfügt sie wohl über den reichsten Grundbesitz. Außerdem ist sie im Besitze von Braunkohlengruben in Mitteldeutschland und der vorzüglichen Steinkohlenzeche „Sachsen“ bei Hamm. Und wenn man dazu noch in Betracht zieht, daß außer der Stadt Leipzig, Großaktionäre wie Otto Wolff, die AEG und die Gruppe Metallbank das Heft bei der Mansfeld A.-G. in der Hand haben, dann ist schlecht einzusehen, daß ausgerechnet die notleidende Reichskasse hier einspringen soll. Weshalb stehen die Großaktionäre hier abseits? Oder soll es sich um ein Manöver handeln, sei es, um die Reichsbank gegenüber der Industrie gefügiger zu machen oder den Kupferpreis in Deutschland nach wie vor über den Weltmarktpreis zu halten. Man muß von der Reichsregierung erwarten, daß sie in der Kreditgewährung selbst bei den Großen vorsichtig ist, und die Reichsbank an den Kreditrestriktionen festhält, denn was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Reichsbank bleibe hart! *Mercur*

## RANDBEMERKUNGEN

### § 218

Ein medizinischer Pfuschler, unter der Anklage, sich gegen das keimende Leben, in gewissen Fällen mit Tötung der Mutter, vergangen zu haben, gesteht zu, elfhundert Fälle behandelt zu haben, gesteht das unumwunden zu, um die Notwendigkeit der Abschaffung dieser mittelalterlichen Strafbestimmung der breitesten Öffentlichkeit darzutun, er wird trotz Pfuscherei und Tötung für eine größere Gemeinschaft zum moralischen Vorkämpfer.

Aus diesem Anlaß hat sich wieder eine Anzahl angeleglicher Sachkenner und Fachleute, Mediziner vernehmen lassen, die sämtlich gegen Abschaffung des einschlägigen Strafgesetzsatzes sind. Sie reden dabei von Dingen, die sie entweder nichts angehen oder die sie nicht verstehen. So belehrt etwa der Oberarzt der Berliner Universitäts-Frauenklinik Warnekros: „Nach einer Beseitigung des Paragraphen würde keine Frau mehr

Lust haben zu gebären. Die Frauen mit der freudigen Betätigung ihres natürlichen Mutterschaftstriebes würden verschwindende Ausnahmen sein. Damit wäre das Aussterben der Nation in absehbarer Nähe gerückt und dem deutschen Volke die Möglichkeit genommen, jemals wieder ein Machtfaktor zu werden.“ Das ist das Raisonement eines Stabsarztes: unpsychologisch und militaristisch. Es gibt einen Begattungstrieb und einen Fortpflanzungstrieb, wenn sich auch beide in derselben physischen Form manifestieren und zugegebenermaßen der erstere stärker und häufiger ist. Der reine Lusttrieb der Begattung, der für das Individuum ebenso berechtigt bleibt wie jeder andere Lusttrieb, unbeschadet der Erhaltung der Art, kann gewiß durch Zwangsmaßnahmen eingeschränkt, verheimlicht, abgelenkt werden; aber er kann niemals in den Fortpflanzungstrieb — „die freudige Betätigung des Mutterschaftstriebes“ — umgewandelt werden.

Der Fortpflanzungstrieb aber, der unverlierbare Instinkt des Individuums, des männlichen ebenso wie des weiblichen, sich die materielle Unsterblichkeit durch leibliche Nachkommenschaft gegen große persönliche Opfer zu erkaufen, ist allenthalben, wo er sich Bahn bricht, ebenso stark und bedarf keiner strafgesetzlichen Bestimmungen zu seiner Erfüllung.

Absterben oder Kräftigung einer Nation durch verhinderte oder geförderte Nachkommenschaft ist aber nicht nur eine rein physiologische oder statistische Angelegenheit (im Sinne der stärksten Bataillone), sondern vor allem eine sehr zusammengesetzte soziale Frage. Die schrankenlose Vermehrung ist Barbarei, die Beschränkung der Nachkommenschaft ist Sache der Zivilisation, einfach weil sie Auslese und Qualität berücksichtigt\*). Der rein militaristische Einwand ist außerdem durch das Beispiel des französischen Zweikindersystems, das, wenn auch nicht buchstäblich, so doch grundsätzlich besteht, widerlegt. Deutschland mit seinen immer noch unterernährten, unter dem Existenzminimum frönenden Massen kann sich den Luxus unbeschränkter Nachkommenschaft nicht leisten. Die Elterngeneration beraubt sich in der Erhaltungspflicht für die Nachkommenschaft der letzten Möglichkeit eigener karger Daseinsfreude, und diese wächst unter materiellen und geistigen Bedingungen auf, die sie von vornherein im Daseinskampf unterliegen lassen müssen. Wie Gerhart Hauptmann einmal sehr richtig im Kriege sagte: lieber das ehrwürdige Kunstdenkmal vernichtet als auch nur ein Menschenleben, so heißt es auch hier: erst gilt das Recht der lebenden Generation, dann das der kommenden, Kinder in die Welt zu setzen, denen

\*) Vgl. „Glocke“ 8, 29.

man nicht das Existenzminimum im weitesten Sinne sichern kann, ist kein geringeres Verbrechen, als einer im Leben stehenden Menschen des menschenwürdigen Daseins zu berauben.

Der zivilisierte Staat, der die Sklaverei verdammt und die Wehrpflicht abschafft, hat kein Anrecht auf den Körper seiner Bürger. Die Unterbrechung der Schwangerschaft durch operativen Eingriff muß daher Recht des einzelnen verbleiben, wenn er sich vor lebensunfähiger Nachkommenschaft bewahren will. Allerdings ist da die „Abtreibung“ der äußerste Notbehelf; das gebotene Mittel ist die Vorbeugung. Hier mag allerdings der Mediziner wieder zu Wort kommen, wenn er sich dabei der Verkündung überholter moralreligiöser oder militärpolitischer Dogmen enthalten kann.

*Humanus*

### Die Nationalen wollen also doch den Krieg

Die „Deutsche Tageszeitung“ zerbricht sich den Kopf über die Ursachen, die zu dem Linksabmarsch der französischen Wähler beigetragen haben. Sie stellt folgendes fest: „Verstärkt wurde diese Tendenz (nach links zu gehen) zweifellos durch den Eindruck der deutschen Reichstagswahlen. Die große Mehrheit der französischen Bürger ist zwar an sich gern bereit, zum Ruhme Frankreichs jede Art von imperialistischer Politik mitzumachen, solange es nicht auf Kosten ihres Sparkapitals geht, und solange diese Politik nicht ganz offenkundig in naher Zukunft neue schwere internationale Konflikte heraufbeschwören muß, die neue Blutopfer verlangen.“ Das darf also wohl heißen, die Franzosen, soweit sie Vernunft gezeigt haben, haben Angst vor neuen, in naher Zukunft bevorstehenden Blutopfern, die ihnen

durch ein nationalisiertes Deutschland, durch den „Sieg der Deutschen bei der Reichstagswahl“, auferlegt werden könnten. Man darf sagen, daß diese Argumentation, den Franzosen öffentlich zu erklären, daß Feigheit und nationale Unehrenhaftigkeit sie dazu veranlaßt haben, Herrn Poincaré den Abschied zu geben, die richtigste Methode ist, das französische Wahlergebnis als einen Fortschritt zur internationalen Verständigung

und zur endgültigen Befriedigung Deutschlands auszunutzen. Man darf sagen, daß diese infame Verleumdung der französischen Wahlsieger unser nationales Gesindel trefflich kennzeichnet. Man darf sagen, daß dieses eine, dem Giftmaul eines Nationalen entrutschte Wort besser als vieles andere kennzeichnet, wie notwendig es ist, diese Verderber Deutschlands so schnell wie möglich unschädlich zu machen. R. Br.

## B Ü C H E R S C H A U

### Volkswirtschaftliche Jugendbücher

Die Arbeiterjugend-Bewegung ist seit dem Jahre 1918 mit großem Eifer an die Aufbau-Arbeit gegangen, eine wahre Gemeinschaft junger Menschen zu schaffen, die wissenschaftlich in die feine Mechanik des Staates eindringen und sich Kenntnis verschaffen wollen vom ungeheuren Apparat der wirtschaftlichen und politischen Kräfte. Sie hat, um das reiche Material der Wissenschaft, das für die Jugend meist unverständlich und somit wertlos ist, brauchbar zu machen, eine kleine Reihe wirtschaftlicher und politischer Schriften herausgegeben, die als Einführung in die Probleme der Volkswirtschaft, Politik und Kultur gelten können.

Johannes Schult hat diese Reihe ergänzt durch drei Hefte, die allgemein faßlich die Begriffe Geld, Valuta, Kapital und Kapitalismus umreißen sollen.

Das eine Schriftchen „Geld und Valuta“ — alle drei sind im Verlage der Arbeiterjugend, Berlin, erschienen, und können auch in der Hand eines Erwachsenen wertvoll sein — behandelt Begriff und Funktion des Geldes, und gibt eine Darstellung des Kredites und des modernen Bankwesens. Dem akuten Problem „Die Valuta“ ist das letzte Kapitel gewidmet, das die wirtschaftlichen Zusammenhänge der einzelnen Staaten, ausgedrückt durch den Wert ihrer Valuta, erläutert.

Das zweite Heftchen soll die Schlagwörter „Kapital“ und „Kapitalismus“, mit denen seit der Revolution viel Mißbrauch getrieben worden ist, verständlich machen. An Beispielen aus dem täglichen Leben entwickelt er die Grundbegriffe der Volkswirtschaft, im besonderen die Begriffe Kapital und Kapitalismus. Der Wißbegierige erhält eine feste Grundlage, auf der er weiterzubauen und sich in die volkswirtschaftlichen Verästelungen einzulernen vermag.

Als Ergänzung zu beiden Heften, hat Johannes Schult viel gebrauchte „Schlagwörter“, wie sie im politischen und wirtschaftlichen Tageskampf immer wieder ausgesprochen, meist aber falsch angewandt werden, zusammengestellt. Wer sich eine festumrissene und unverklausulierte Erklärung der vielen im politischen und wirtschaftlichen Gespräch benutzten speziellen Worte geben lassen will, der hat in diesem Vokabular den gegebenen Leitfaden gefunden. Sz.

### Deutsche Kunst und Art

E. K. Fischer will in „Deutsche Kunst und Art“ (Sibyllen-Verlag, Dresden, 1924) von den Künsten als Ganzes sprechen; von der Kunst als Ausdruck ihrer Zeit und des Ueberzeitlichen, das in jeder Kunst liegt. Das Buch ist keine Kunst-

geschichte im gebräuchlichen Sinn. Es vollzieht Querschnitte durch das ganze breite, lebendig hin und herströmende Gesellschaftsleben der verschiedenen Zeitepochen und versucht die Entwicklung von Zeit zu Zeiten derart in ihrer Vielgestalt aufzufangen.

Der Verfasser ist bestrebt, das lebendige Lebensgewebe darzubieten, in dem Kunst nur ein (freilich sehr wesentlicher) Einschlag ist. Die Nerven, die Leben und Kunst untrennbar verknüpfen, sollen nicht zerschnitten werden, um das Herüber und Hinüber des sozialen Stoffwechsels nicht zu töten.

Bildende Kunst und Musik, Dichtung und Tanz, Kunstgewerbe und Vulgärkunst, das Gesellschafts-, Arbeits- und Geistesleben des deutschen Menschen vom frühen Mittelalter bis in unsere Gegenwart, wird beleuchtet. Man sieht, wie in den verschiedenen Epochen und der allgemeinen Kultur folgend, spezifische Kunstarten blühen und welken. Je weiter zurück in der Zeit die betrachtete Epoche liegt, desto klarer wird die Erscheinung, desto zwingender die Deutung des Autors. — Die Geschichte der Musik, besonders der mittelalterlichen Tonkunst, und des Theaters, die Entwicklung des Rhythmus, der Tonformeln, der Gestaltung der Melodie geben einen aufschlußreichen Hintergrund für die Stilentwicklung und die Empfangungswege in der großen bildenden Kunst der Gotik. Deutsche Renaissance und Barock spiegeln ihr Abbild im Gesellschaftsleben.

Die Romantik ist tief erkannt in ihrer Mischung aus Skepsis und Ewigkeitssehnsucht; in ihrem Drang nach dem Absoluten und ihrer individualistischen Unfähigkeit, das Werk zu runden. — Die Kapitel über die moderne Entwicklung, über Impressionismus und Expressionismus, sind naturgemäß weniger geschlossen. Die Nähe verwischt die Klarheit des Bildes; des Verfassers begreiflich subjektive Einstellung verführt ihn zu wertmessenden Entscheidungen, die nach unserem Gefühl der Zukunft vorbehalten bleiben müssen. — Aus-

gezeichnet zusammengenommen ist das Schlußkapitel über das besonders Nationale der deutschen Seelenanlage und ihrer Einstellung zur Kunst.

Die in ihrer Anlage erstmalige Arbeit Fischers ist fruchtbar, auch da, wo sie naturgemäß fragmentarisch bleiben muß, da der Autor sich auf keine vorausgegangenen ähnliche Synthesen stützen kann. Fischer sagt selbst: „Die Grenzen der Aufgabe liegen in ihrer Unermeßlichkeit. Kunst wird und lebt ja nicht an einzelnen Punkten der Erde, sie ist der schlechthin allerorten vorhandene Niederschlag einer bei aller Mannigfaltigkeit im einzelnen im Letzten doch übereinstimmenden Erlebnisform.“

Die Ausstattung des Buches, die zugleich vornehm und aktuell ist, entspricht dem Gedanken des Werkes, das sich an weite Kreise wendet. Das Reproduktionsmaterial, 44 Tafeln, ist vielseitig ausgewählt; Typen und Druck sind schön und klar. Kurt Offenburg.

### Grummet

Roman von Konrad Beste, Verlag von Franz Schneider.

Der Roman ist für gewisse Dichter immer noch das Zauberkabinett, in dem sie geschehen lassen können, was im wirklichen Leben leider nie geschieht.

Ich nehme einmal an: Als fremder Wanderer passiere ich eines schönen Herbsttages ein Dorf, sehe, wie ein prächtig-resolutes Bauernmädchen einen Ochsen notschlachtet, verliebe mich Hals über Kopf in sie und mache noch am Abend einen Antrag. Dann passiert folgendes:

a) Entweder sie ist längst mit einem Burschen des Ortes offen oder heimlich verlobt (das wahrscheinlichste),

b) oder sie lacht mich fremden Vagabunden aus, wobei es günstigenfalls ohne, ungünstigenfalls mit Mauschellen abgeht.

Bei Beste aber wird der Antrag nach einer kleinen Verzögerung,

ohne die jede Spannung ausbliebe, angenommen, denn die Jungfrau hat — gottlob! — die Gabe des zweiten Gesichts, das ihr den Liebsten schon im voraus gezeigt hat, justament genau in der gleichen Stunde, als diesen dreißigjährigen Dichterknaben rätselhafter Trieb aus Berlin in das weltentlegene Weserdorf trieb. (In Kleists Kätzchen von Heilbronn kommt etwas Ähnliches vor.) Damit aber die Mesalliance zwischen Bäuerin und Dichter nicht zu grob wird, hat die Dame doch, bevor sie Ochsen schlachtete, das Pensionat besucht — also höhere Tochter mit agrarischer Praxis —, was willstest mehr? Nun kann die Erzeugung eines neuen deutschen Geschlechts losgehen, dessen Stammutter die besagte Dame, dessen Stammvater aber der Dichter sein wird, der

zwar bisher sich dieser Rolle nicht ganz würdig zeigte, indem er mit Unterhöschenliteratur seinen Lebensunterhalt verdiente, der aber nun erklärt, sittlich geläutert zu sein usw. usw.

Dies die Handlung, mit der Herr Konrad Beste den Ehrgeiz verbindet, die Groß- wie Kleinstadt, die literarische Dekadenz wie das beschränkte Spießertum und nebenbei auch noch die materialistische Arbeiterbewegung (den Marxismus!) zu überwinden. So einfach ist denn das doch nicht, und es bleibt nur die Frage, warum der seriöse Verlag Franz Schneider diesen Roman verlegt hat. — Der Illustrator Rudolf Schlichter weiß, wie man George Grosz kopiert. Aus der germanischen Stammutter macht er ein Tippfräulein.

E. K.-r.

## **Eine taktvolle Studie**

*Das kleine Buch\*) ist eine taktvolle Studie; es gibt eine Reihe interessanter Hinweise über die Vergangenheit eines Mannes, den die Revolution an die Spitze unseres Staates gestellt hat, und dem in schwierigster Zeit, unter unendlichen Hemmnissen und Anfechtungen, seit den Novembertagen des Jahres 1918, seit dem militärischen Zusammenbruch und der Flucht Wilhelms II., die dornenvolle Aufgabe obliegt, Deutschland die Bahn langsamen Aufstiegs wieder mithelfend emporzuführen. „Berliner Tageblatt“*

**\*) Paul Kampffmeyer, „Fritz Ebert“**  
mit Eberts Porträt, 5 Bogen, II. Auflage, Preis 1,50 M.

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.  
Berlin SW 68

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln  
Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451